

**DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN
FORSCHUNG**

No. 1/2004

**Russlanddeutsche und die Polizei in Duisburg:
Zum Vertrauen russlanddeutscher
Spätaussiedler in die Polizei.**

von
Steffen Zdun

Teilstudie des DFG-Forschungsprojekts zum Thema „Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen – Teilnehmende Beobachtung des Alltags von operativen Kräften“ unter der Leitung von Prof. Dr. Hermann Strasser

Herausgeber der „Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung“ ist das Institut für Soziologie.
Kontaktadresse:

Universität Duisburg-Essen
Standort Duisburg
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Institut für Soziologie
e-mail: sigurd.matz@uni-duisburg.de
Lotharstraße 65
D – 47048 Duisburg

Ein Verzeichnis aller bisher erschienenen Beiträge befindet sich im Anhang.

ISSN 0949-8516 (Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung)

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	3
2.	Methode.....	7
3.	Ergebnisse.....	10
3.1.1	Einsatzverhalten und Effektivität der Polizeiarbeit.....	10
3.2	Polizeikontakte der Russlanddeutschen.....	14
3.3	Opferkontakte der Russlanddeutschen mit der Polizei.....	18
3.3.1	Importierte Einflüsse auf die Inanspruchnahme der Polizei.....	18
3.3.2	Hiesige Einflüsse auf die Inanspruchnahme der Polizei.....	24
3.4	Zusammenfassung.....	34
4.	Fazit.....	37
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	39
	Anhang.....	42

1. Einleitung

Das Bild der Polizei aus der Sicht russlanddeutscher Spätaussiedler wird nicht nur durch die in Deutschland gesammelten, sondern auch durch die aus den Herkunftsländern importierten Erfahrungen bestimmt. Vor diesem Hintergrund ist es zu erklären, dass sich die Einstellungen der Zuwanderer zur Polizei in einem Spannungsfeld verschiedenster Einflüsse bewegen. Um diese Zusammenhänge aufzuzeigen, wird zunächst der Forschungsstand aufgearbeitet, um daraufhin sowohl das Vertrauen in die Polizei in den Herkunftsländern als auch in Deutschland zu untersuchen. Ferner wird die Bereitschaft zur Inanspruchnahme der Polizei thematisiert, um das wechselseitige Verhältnis zwischen dem Vertrauen in die Polizei und der Zuhilfenahme der Polizei zu erklären. Dabei wird zwischen den Herkunftsländern und Deutschland unterschieden. Abschließend werden Vorschläge erarbeitet, die darauf abzielen, das versteckende Miteinander zu fördern.

Beim Begriff des Spätaussiedlers bzw. des Aussiedlers¹ ist nicht immer klar, welchen Personenkreis man sich darunter vorzustellen hat. Die gesetzlichen Regelungen, die definieren, bei wem es sich um einen Aussiedler handelt, entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg. Laut § 1 Abs. 2 Nr. 3 des *Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes* (BVFG) sind Aussiedler Vertriebene mit deutscher Volkszugehörigkeit aus osteuropäischen Ländern sowie der ehemaligen Sowjetunion. Damit wird das Kriegsfolgenschicksal der deutschstämmigen Minderheiten, wie Deportationen und Diskriminierungen, gewürdigt.² Deshalb erhalten die Aussiedler gemäß Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) nach der Einreise die deutsche Staatsbürgerschaft. Gleichen Status und gleiche Rechte erhalten laut § 7 und § 8 des BVFG bis auf wenige Ausnahmen auch die mitgereisten nichtdeutschen Ehegatten, die Abkömmlinge sowie die Familienangehörigen. Wie der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, unlängst bekannt gab, war im Jahr 2002 nur noch einer von fünf Neuankömmlingen selbst Aussiedler, bei den Übrigen handelte es sich um Angehörige. Dies ist eine bedeutende Entwicklung, zumal vor zehn Jahren noch rund drei Viertel der Zuwanderer deutscher Abstammung waren.³

Nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes (BVA) kamen seit 1950 mehr als vier Millionen Aussiedler nach Deutschland, was einem Anteil von über 5% an der Bevölkerung der Bundesrepublik entspricht. Nach dem politischen Zusammenbruch des Ostblocks stieg der Zuzug jedoch rasant an. Dies beruhte im Wesentlichen auf den rund zwei Millionen Russlanddeutschen, die seit den Neunzigerjahren zureisten.⁴ Allein Nordrhein-Westfalen wurden seit Be-

¹ Nach § 4 des *Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes* (BVFG) sind Spätaussiedler die Zuwanderer, die ab 1993 zuwanderten. Im weiteren Verlauf werden die Ausdrücke synonym verwandt.

² Zur weiteren Lektüre des im und nach dem Zweiten Weltkrieg erfahrenen Schicksals der Aussiedler wird u.a. auf die Schriften von Bosch/Lingor (1990), Hecker (1994), der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (1997) und Zdun (2001) verwiesen.

³ Diese Veränderungen haben entscheidenden Anteil an den verbreiteten Sprachdefiziten der Zuwanderer. Denn nur die Aussiedler selbst, die in der Regel über deutsche Sprachkenntnisse verfügen, werden einem Sprachtest unterzogen, der über die Einreisegenehmigung entscheidet. Ihre Verwandten, bei denen es sich zu einem großen Teil um Kinder und Jugendliche handelt, sprechen kaum bzw. gar kein Deutsch.

⁴ Die fast 1,5 Millionen Aussiedler aus Polen und die über 400.000 Zuwanderer aus Rumänien kamen größtenteils vor 1990.

ginn des vergangenen Jahrzehnts über 400.000 Russlanddeutsche zugewiesen.⁵ Seitdem prägen die Russlanddeutschen sowohl den Zuzug als auch die Integrationsdebatten, wenn es um Aussiedler geht.

Giest-Warsewa (1998a: 359) merkt an, dass bei Russlanddeutschen „das traditionelle Misstrauen aus dem Herkunftsland gegenüber staatlichen Institutionen ... auch auf die deutsche Polizei übertragen wird“. Nicht zuletzt deshalb konzentriert sich die vorliegende Untersuchung auf diesen Personenkreis.⁶ Zwar wird diese Annahme in der einschlägigen Literatur geteilt (vgl. Bodenburg 1999: 73, Nemigorskij/Gladtschenko 1997: 42f., Otto/Pawlik-Mierzwa 2001: 125, Schmitt 2000: 294), doch bislang existieren hierzu keine empirischen Befunde. Es handelt sich also um „Alltagserfahrungen“. Unsere Arbeitshypothese lautet daher, dass importiertes Misstrauen ein geringes Vertrauen gegenüber der hiesigen Polizei zur Folge hat. Weil dies auf alle Russlanddeutschen zuzutreffen scheint, wurden drei Generationen (Jugend, Eltern und Großeltern) in die Untersuchung einbezogen. Wie lässt sich das Misstrauen in die dortigen Polizisten jedoch erklären?

Die kritische Haltung zur Polizei in den Herkunftsländern beruht im Wesentlichen auf drei Faktoren, die sich gegenseitig ergänzen (Strasser/Zdun 2003). Zum einen gelten die Polizeibeamten dort als korrupt. Ihre Bestechlichkeit zeigt sich u.a. bei willkürlichen „Kontrollen“, die ausschließlich der Aufbesserung geringer bzw. dem Ausgleich nicht erhaltener Gehälter dienen. Ein weiteres Anzeichen für korruptes Verhalten der Beamten ist, dass sich vermögende Personen „frei kaufen“ können bzw. nicht verfolgt werden. Mit anderen Worten: Die Polizisten bevorzugen bei der Auswahl der Fälle den Weg des geringsten Widerstandes (Frisby 1998: 30). Deshalb herrscht die Meinung vor, die sie schafften durch ihr willkürliches Auftreten mehr Probleme, als sie Nutzen brächten (Luff 2000: 152f., Otto/Pawlik-Mierzwa 2001: 125).⁷ Schließlich glauben große Teile der Bevölkerung, die staatlichen Institutionen stünden in Verbindung mit der Organisierten Kriminalität. So sollen Mitarbeiter der Ministerien und der Polizei gezielt abgeworben werden bzw. diese eigene kriminelle Vereinigungen gründen (Frisby 1998: 34, Shlapentokh 1999: 99ff., Volkov 2000: 186ff.). Nicht zuletzt aus diesen Gründen sind Russlanddeutsche dafür bekannt, Probleme für sich zu behalten, um nicht aufzufallen. Dies wirkt sich nach der Einreise ua. auf ihre Anzeigebereitschaft aus. So ist es üblich, dass Konflikte „intern gehalten, oft gar nicht behandelt oder, wenn es gut ausgeht, informell gelöst“ (Reich et al. 1999: 350, vgl. Pfeiffer/Wetzels 1999: 4ff.) werden.

In diesem Zusammenhang ist der Ehrbegriff der russlanddeutschen Jugendlichen von Bedeutung, demzufolge man bei leichten Vergehen wie einer Körperverletzung nicht zur Polizei geht. Strasser/Zdun (2003) zeigen, dass dieses Verhalten einen verklärten Ausdruck des Misstrauens in die Beamten der Herkunftsländer darstellt. So dient den jungen Männern die informelle „Regelung“ von Konflikten nicht nur als Schutz vor der Polizei, sondern auch dazu, die

⁵ Insgesamt kamen in diesem Zeitraum über 500.000 Aussiedler nach Nordrhein-Westfalen.

⁶ Ein solches Verhalten ist bei Aussiedlern aus anderen Regionen nicht zu beobachten (vgl. Dietz 1996: 125ff.). Bislang gibt es dafür in der Aussiedlerliteratur keine Erklärung. Ein möglicher Ansatz wäre, dass die Polizei etwa in Polen und Rumänien schlichtweg vertrauenswürdiger ist als in der ehemaligen Sowjetunion. Folglich sind die Ergebnisse nicht auf die Gesamtheit der Aussiedler übertragbar.

⁷ Besondere Erfahrungen mit der Willkür des staatlichen Machtapparats sammelten die Russlanddeutschen, die den Krieg sowie die daraus resultierenden Benachteiligungen miterlebten.

eigene Stärke zu demonstrieren. Obwohl die deutsche Polizei als weniger willkürlich gilt als ihr Gegenstück in den Herkunftsregionen, wird der Ehrenkodex nach der Einreise aufrecht erhalten und nur selten als importiertes Misstrauen reflektiert: „Wenn Du zur Polizei gehst, bist Du Arschloch oder Frau“ (Walter/Grübl 1999: 183). Die Alternative liegt in der Übernahme der Opferrolle. Wir müssen daher davon ausgehen, dass zahlreiche Vergehen im Dunkeln bleiben (Luff 2000: 92; Sasse 1999: 227).

Das Misstrauen in die deutsche Polizei ist jedoch nicht allein auf die Sozialisation in den Herkunftsländern zurückzuführen. Da die Mehrheit der Russlanddeutschen keine eigenen Erfahrungen mit der hiesigen Polizei hat (Dietz 2001: 43, Giest-Warsewa 1998b: 87),⁸ wird ihre Einstellung zu ihr vornehmlich vom sozialen Umfeld geprägt. Nährt sich dieses hauptsächlich aus der „eigene[n] Volksgruppe“ (Reich et al. 1999: 345), führt das zur Beibehaltung importierter Verhaltens- und Denkmuster (vgl. Häußermann 2000: 79f.). Die Arbeitshypothese war deshalb dahingehend zu erweitern, dass das Vertrauen in die deutschen Beamten nicht zuletzt durch das hiesige Umfeld beeinflusst wird (vgl. Dietz/Roll 1998: 123). Darüber hinaus beeinflusst die mediale Kriminalisierung der Aussiedler deren Meinung über die deutsche Polizei (Luff 2000: 42),⁹ denn aus der Befürchtung, die Polizeibeamten könnten die in den Medien verbreiteten Vorurteile teilen, erwächst wiederum Misstrauen.

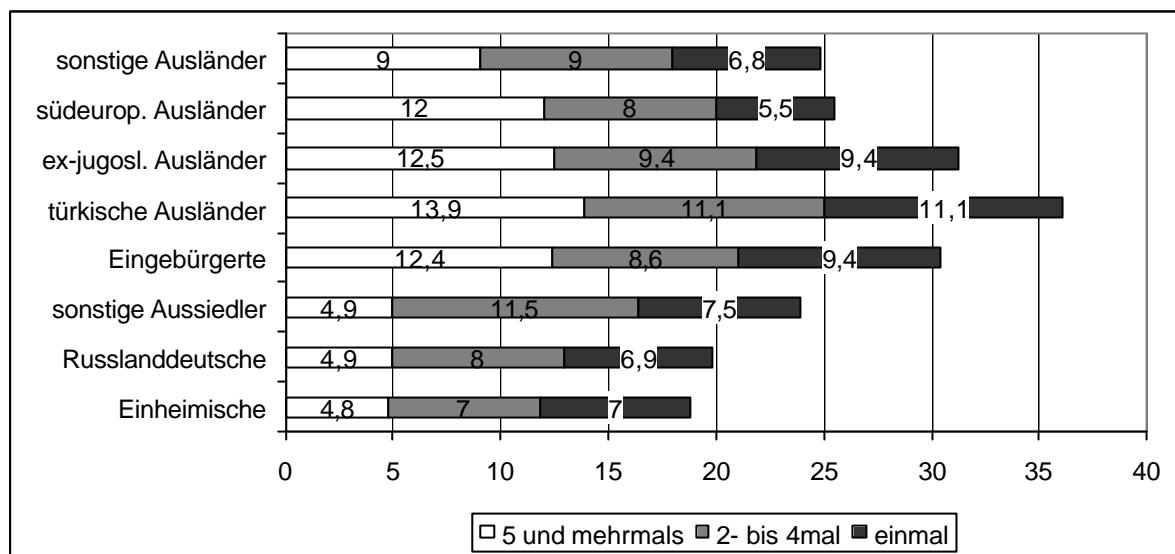
Zwar sind die Aussiedler nicht nur Opfer von Kriminalität und Kriminalisierung, sondern auch Täter. Über das tatsächliche Ausmaß der Aussiedlerkriminalität gibt es jedoch keine gesicherten Erkenntnisse. Dennoch sind sich die Forscher einig, dass die große Mehrheit der Aussiedler in Deutschland nicht auffällig wird (Giest-Warsewa 1998: 359, Zdun 2001: 22f.). In seinen Untersuchungen in Bayern kann Luff (2000, 2002) zwar einen Kriminalitätsanstieg bei den Aussiedlern nachweisen, der sich seit 2000 auf jeweils rund 5% belief. Das häufigste Vergehen der Zuwanderer waren „einfache Diebstähle“, zudem war bei den Gewaltdelikten ein Zuwachs von mehr als 10% zu konstatieren (Luff 2002: 2ff.). Dennoch kommen Strobl et al. (1999: 33) und Grübl/Walter (1999: 368) zu dem Schluss, dass Aussiedler entgegen der öffentlichen Meinung seltener durch Gewaltdelikte in Erscheinung treten (39,8%) als Einheimische (44,0%) oder Ausländer (64,3%). Die Daten von Strobl et al. (1999: 29ff.) zeigen ferner, dass jugendliche Aussiedler weniger und seltener Drogen konsumieren als gleichaltrige Einheimische.¹⁰ Die Kritiker dieser Untersuchung verweisen jedoch auf die starke Verschlossenheit der Russlanddeutschen, die stärker als andere Bevölkerungsgruppen dazu tendieren, bei unangenehmen Fragen sozial erwünscht zu antworten. Allerdings weisen auch Pfeiffer/Wetzels (1999: 9ff.) nach, dass russlanddeutsche Jugendliche nicht überdurchschnittlich häufig durch Gewaltvergehen auffällig werden (Abbildung 1).

⁸ Unseren Ergebnissen zufolge hatten rund ein Viertel der Duisburger Russlanddeutschen Kontakt zur deutschen Polizei (siehe Kapitel 3.2).

⁹ So titelte „Der Spiegel“ (1997, Nr.16): „Zeitbomben in den Vorstädten“.

¹⁰ Eine Studie über jugendliche Russlanddeutsche in Frankfurt am Main bestätigt, dass die jungen Zuwanderer nicht überdurchschnittlich viel Drogen konsumieren (Zdun 2003).

Abbildung 1: Selbstberichtete Gewalttaten Jugendlicher nach ethnischer Herkunft (Angaben in Prozent)



Quelle: Pfeiffer/Wetzels (1999:10)

Diese Werte verdeutlichen, dass sowohl die Gesamtprävalenz als auch die Häufigkeit der Vergehen der jugendlichen Russlanddeutschen annähernd mit denen der Einheimischen übereinstimmen. Beide Bevölkerungsgruppen verübten zu knapp 20% Gewaltdelikte. Als auffälliger erweisen sich hingegen die sonstigen Aussiedler sowie die verschiedenen in der Bundesrepublik lebenden Ausländergruppen. Mit 35% gaben die türkischen Jugendlichen die häufigsten Gewalttaten an. Ferner sind nur 15,1% der Aussiedler und 12,9% der Einheimischen Mitglieder von devianten Cliques, bei den ausländischen Jugendlichen sind es 20,3%.

2. Methode

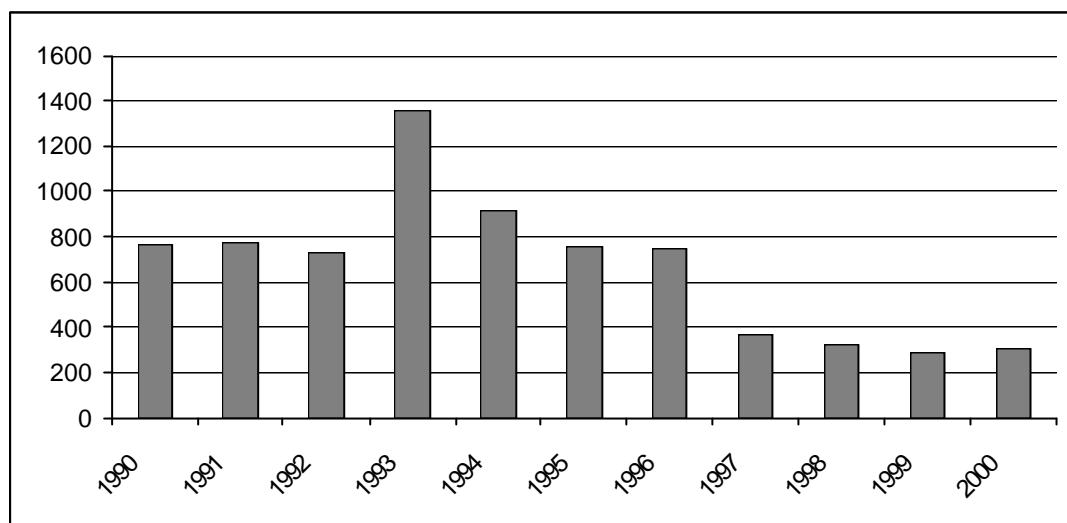
Die Datenerhebung zu dieser Teilstudie erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens. Dieser stand sowohl in einer deutschen als auch einer russischen Fassung zur Verfügung. Zur weiteren Erleichterung wurden unkomplizierte Formulierungen benutzt bzw. wurde auf offene Fragen, wenn möglich, verzichtet. Zum Ausfüllen des Fragebogens benötigten die Probanden durchschnittlich 45 Minuten. Insgesamt wurden 219 Duisburger Russlanddeutsche befragt. Dies geschah in den Monaten April und Mai 2001 an mehreren weiterführenden Schulen, in Sprachkursen sowie bei einem Treffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland¹¹ in Duisburg.

Bei der Auswahl der Stichprobe wurde Wert auf Repräsentativität gelegt. Da die Aussiedler in der (Duisburger) Einwohnerstatistik nicht gesondert aufgeführt werden, weil sie nach der Einreise Deutsche sind, liegen keine exakten soziodemographischen Daten vor. Allerdings sind die Zuweisungszahlen der Aussiedler nach Duisburg bekannt (Abbildung 2). Laut dem Amt für Asyl- und Spätaussiedlerangelegenheiten in Duisburg trafen in der Zeit von 1990 bis 2001 7.345 Aussiedler ein. Wie viele ohne Zuweisung kamen und wie viele in Duisburg blieben, ist nicht festzustellen. Einem Umzug stehen allerdings zwei Gründe entgegen. Einerseits gibt es seit 1996 das Wohnortzuweisungsgesetz (WoZuG).¹² Andererseits wünschen viele Aussiedler die direkte Nähe zum familiären Umfeld (Dietz/Roll 1998: 34). Da dieser Wunsch bei der Zuweisung von Wohnraum meist berücksichtigt wird, ist die spätere Mobilität eher gering.

¹¹ Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist ein Netzwerk für Aussiedler, deren Treffen nur einige Male im Jahr stattfinden und somit keinen Rückzug aus der Gesellschaft bedeuten.

¹² Dieses sieht eine ortgebundene Auszahlung der Sozialhilfe vor, die den Aussiedlern zusteht, solange sie nicht für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. zieht ein Empfänger in den ersten drei Jahren des Aufenthalts unerlaubt um, werden die Bezüge gestrichen. Da das erklärte Ziel des Gesetzes die Steuerung des Aussiedlerzuzugs ist, werden Umzüge nur in Ausnahmefällen bewilligt.

Abbildung 2: Zuweisungszahlen der Aussiedler nach Duisburg



Quelle: Amt für Asyl- und Spätaussiedlerangelegenheiten, Duisburg, 2001

Zur Geschlechterverteilung der Duisburger Aussiedler gibt es keine Angaben. Deshalb wird auf die Daten des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen zurückgegriffen. Danach waren 2001 in NRW 51,6% der Aussiedler weiblich und 48,4% männlich. In der Stichprobe waren 52,5% der Befragten Frauen, 47,5% waren Männer.

Bei der Auswertung der Daten wurde zwischen verschiedenen Altersgruppen unterschieden:

1. Jugendgeneration: 14 bis 24 Jahre,
2. Elterngeneration: 25 bis 49 Jahre,
3. Großelterngeneration: ab 50 Jahre.

Um die Vergleichbarkeit zu anderen Studien über Russlanddeutsche zu gewährleisten, lag die Einteilung für das Jugendalter zwischen dem 14. und 24. Lebensjahr (vgl. Dietz/Roll 1998, Strobl et al. 1999).¹³ Das 50. Lebensjahr wird wegen der Großelterngeneration, der so genannten „Erlebnisgeneration“ (Dietz/Roll 1998: 23), als Grenzwert ausgewählt. Gemeint sind sowohl die Vertreibungen im Zweiten Weltkrieg als auch das anschließende Leben in den Sondersiedlungen, die erst nach 1955 aufgelöst wurden (Landsmannschaft der Deutschen aus Russland 1997: 19). Somit ist davon auszugehen, dass bei den zum Befragungszeitpunkt 50-Jährigen und Älteren noch Erinnerungen an diese Zeit bestanden.

Da zur Altersverteilung der Duisburger Aussiedler ebenfalls keine Daten vorliegen, orientiert sich die Auswahl der Stichprobe an den Angaben der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Unna-Massen. Diese veröffentlicht jährlich die Zuzugszahlen der Aussiedler für Nordrhein-Westfalen, getrennt nach Altersgruppen. Weil die Landesstelle jedoch eine andere Alterseinteilung als unsere Stu-

¹³ In der Stichprobe hatten die Befragten der Eltern- bzw. Großelterngeneration wesentlich häufiger Kinder als die unter 25-jährigen Probanden; sie waren somit tatsächlich eher Eltern.

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

die verwendet,¹⁴ wurden in Anlehnung an Grundies (2000: 297f.) die Daten der Jahre seit 1990 summiert.¹⁵

Die Berechnungen ergeben, dass rund 35% der zwischen 1990 und 2001 nach Nordrhein-Westfalen zugereisten Aussiedler zum Befragungszeitpunkt zwischen 14 und 24 Jahren alt waren (Tabelle 1). Knapp 47% waren zwischen 25 und 49 Jahren alt. Den geringsten Anteil stellten die über 50-jährigen mit rund 18%. Unsere Stichprobe bestand aus 76 jungen Menschen (34,7%). Weitere 103 Teilnehmer (47,0%) gehörten zur Eltern- und 40 (18,3%) zur Großelterngeneration.

Tabelle 1: Altersverteilung der Aussiedler in Nordrhein-Westfalen und der Teiluntersuchung im Jahr 2001 (Angaben in Prozent)

	Daten für Nordrhein-Westfalen	Daten der Teiluntersuchung
Jugendgeneration	35,2	34,7
Elterngeneration	46,6	47,0
Großelterngeneration	18,2	18,3

Quelle: Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, Unna-Massen, 2001

Neben Häufigkeitsauszählungen erfolgt die Auswertung über die Berechnung statistischer Zusammenhänge.

¹⁴ Als jüngste Altersgruppen werden die unter 5-Jährigen zusammengefasst. Weitere Gruppen sind die 6- bis 9-Jährigen, die 10- bis 17-Jährigen, die 18- bis 34-Jährigen sowie die 35- bis 59-Jährigen. Die älteste Alterskategorie bilden die über 60-Jährigen.

¹⁵ Dafür wurde zunächst das durchschnittliche Alter der verschiedenen Altersgruppen berechnet. Zu diesem wurde anschließend für jedes einzelne Jahr die Anzahl der zurückliegenden Jahre addiert. Die daraus gewonnenen Angaben zum Durchschnittsalter der Zuwanderer zum Befragungszeitpunkt konnten genutzt werden, um die Anteile der Aussiedler nach unserer Alterseinteilung zu summieren. „Die dadurch und durch die Unterteilung der Altersgruppen verursachte Ungenauigkeit dürfte dank der bei jüngeren Personen relativ guten Differenzierung der Altersgruppen gering sein“ (Grundies 2000: 297f.).

3. Ergebnisse

3.1 Einsatzverhalten und Effektivität der Polizeiarbeit

Vorrangiges Ziel dieser Untersuchung war es, Erkenntnisse über das Vertrauen der Duisburger Russlanddeutschen in die Polizei zu erlangen. Die Grundannahme, dass trotz der importierten Vorbehalte gegenüber der Polizei im Allgemeinen die deutschen Beamten besser beurteilt werden als die Polizisten der Herkunftsländer, bestätigt sich bis auf wenige Ausnahmen. In Tabelle 2 findet sich ein Vergleich der Bewertung der polizeilichen Arbeit im Herkunftsland und in Deutschland. Zur besseren Übersicht wurden in der Auswertung sämtliche Antwortvorgaben positiv gefasst, der übrige Anteil der Befragten beurteilt die Polizei jeweils negativ.

Tabelle 2: Beurteilung des Einsatzverhaltens und der Effektivität der Polizei in den Herkunftsländern und in Deutschland (Angaben in Prozent)

	Herkunftsländer	Deutschland
ist da, wenn man sie braucht	33,2	89,6
handelt nicht willkürlich	24,9	50,3
geht bei leichten Vergehen nicht übertrieben vor	45,2	28,1
handelt gerecht	41,5	91,0
ist nicht korrupt/bestechlich	35,1	88,5
erscheint schnell, wenn man sie ruft	25,6	89,3
bringt weniger Probleme als Nutzen und Hilfe	30,3	74,2
ist nicht brutal	46,0	81,4
kann das Gesetz durchsetzen	51,9	86,4
kann leichte Vergehen aufklären	52,1	76,3
kann schwere Vergehen aufklären	58,4	51,0
hat Macht	38,7	79,1

Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Fragen 35 und 36 sowie Fragen 44 und 45).

Trotz der weitgehend positiven Einschätzung fallen die Angaben zu den deutschen Polizisten in drei Kategorien durch niedrige Werte auf. Erstens werden die Erfolge der Polizei in den Herkunftsländern bei der Aufklärung schwerer Vergehen mit 58,4% besser eingeschätzt als die der deutschen Beamten mit 51%. Zweitens gibt rund die Hälfte der Probanden an, die deutsche Polizei handle willkürlich. Drittens sprechen 71,9% der hiesigen Polizei ein übertriebenes Vorgehen bei leichten Delikten zu. Auf den ersten Blick wirkt dies wie ein Widerspruch zu den 91% der Befragten, die der deutschen Polizei ein gerechtes Handeln attestieren. Eine Erklärung könnte darin bestehen, dass sich die hiesige Polizei aus Sicht der Probanden zwar im Rahmen der Gesetze bewegt und diese auch durchsetzen kann (86,4%), dabei aber

nicht immer angemessen vorgeht. Was verbirgt sich jedoch hinter dem Vorwurf des nicht angemessenen Vorgehens?

Um dies zu erklären, rückt speziell die Jugendgeneration ins Blickfeld, die das Verhalten der deutschen Polizei zu 62,1% als willkürlich und zu 65% als übertrieben bei leichten Vergehen bezeichnet. Dies auf den ersten Blick einheitlich wirkende Antwortverhalten entpuppt sich bei einer Differenzierung nach der Aufenthaltsdauer der jungen Befragten als grundlegend verschieden (Tabelle 3).

Tabelle 3: Beurteilung des Vorgehens der hiesigen Polizei der jungen Befragten nach Aufenthaltsdauer

	Aufenthalt: weniger als 3 Jahre	Aufenthalt: mehr als 3 Jahre	Cramers-V
handelt willkürlich	39,3%	83,3%	- 0,454**
geht bei leichten Vergehen übertrieben vor	75,9%	54,8%	0,220 ^{n.s.}

Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Frage 44). Signifikanzniveau: ***(p=0,0001); **(p=0,005); *(p=0,05); n.s. = nicht signifikant.

So ändert sich mit den Jahren des Aufenthalts die Einschätzung der Willkür und des übertriebenen Vorgehens der hiesigen Polizei aus Sicht der Jugendgeneration in gegensätzliche „Richtungen“. Diese Entwicklung ergibt sich aus den Polizeikontakten in Deutschland (siehe Kapitel 3.2), zumal die jungen Russlanddeutschen in den ersten Jahren nach der Einreise über relativ wenig Erfahrungen mit der deutschen Polizei verfügen. Dies ändert sich jedoch mit den Jahren.¹⁶ Da es für die jungen Zuwanderer üblich ist, sich mit den Freunden in der Öffentlichkeit zu treffen, werden sie oft durch die Polizei kontrolliert. Dies erscheint ihnen als Willkür, und die Befragten der Jugendgeneration beurteilen die Beamten in dieser Hinsicht mit der Zeit immer negativer.¹⁷ Wenn gleichzeitig die Einschätzung, die Polizei verhalte sich übertrieben, mit den Jahren nachlässt, ist dies als Indiz dafür zu werten, dass die jungen Zuwanderer erkennen, dass das Verhalten der Beamten bei den Kontakten an sich in Ordnung ist.

Darüber hinaus bestätigen sich die in Kapitel 1 thematisierten Schwierigkeiten mit den Polizisten der Herkunftsänder. So meinen 69,7% der Probanden, dass diese mehr Probleme als Nutzen brächten. Ferner schreiben 75,1% der Befragten der dortigen Polizei willkürliches Handeln zu. Schließlich halten 64,9% die Polizei ihres Herkunftslandes für korrupt. Der Korruptionsvorwurf wird aber auch gegen die deutschen Polizisten erhoben; rund ein Viertel der jungen Russlanddeutschen bezeichnet die Ordnungshüter als bestechlich. Ob es sich jedoch

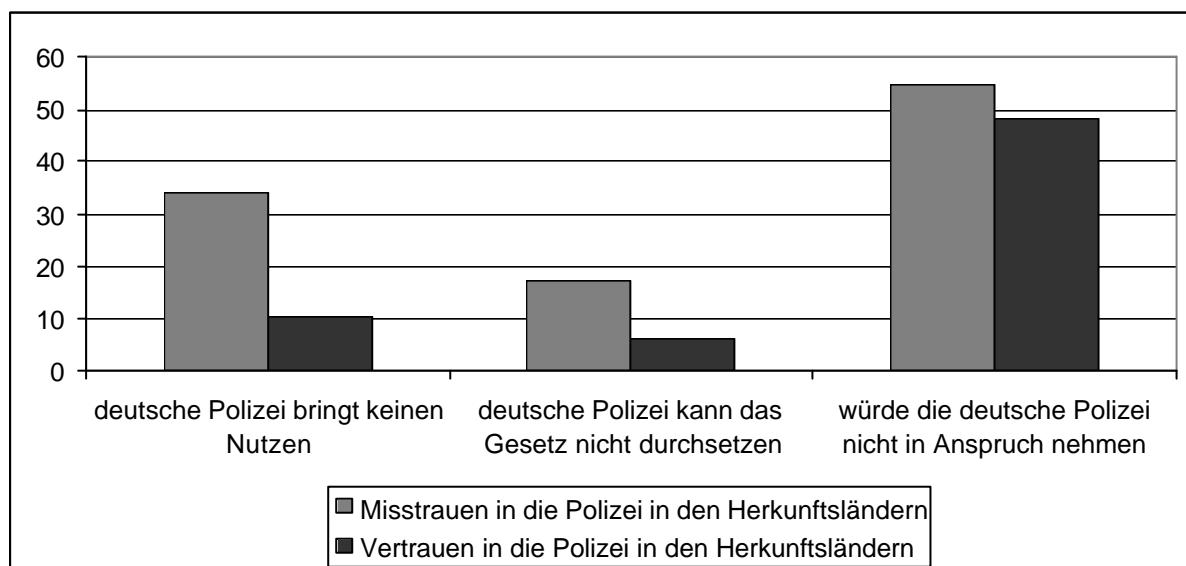
¹⁶ Die jungen Zuwanderer mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als drei Jahren kamen zu 21,4% mit der deutschen Polizei in Kontakt, die jungen Russlanddeutschen mit einer Dauer von mehr als drei Jahren zu 64,7%.

¹⁷ Dies erklärt zudem, weshalb fast die Hälfte der jungen Russlanddeutschen, die länger als drei Jahre in Deutschland leben, antworten, die deutsche Polizei bringe mehr Probleme als Nutzen. Mit einer Aufenthaltsdauer unter drei Jahren sehen dies nicht einmal ein Drittel der jungen Probanden so.

im Einzelfall um tatsächliche Erfahrungen, Trotzreaktionen bzw. falsche, weil importierte Vorstellungen handelt, ist nicht eindeutig nachzuweisen.¹⁸

Es zeigt sich nämlich, dass es einen Einfluss des importierten Misstrauens¹⁹ auf die Beurteilung der deutschen Polizei gibt (Abbildung 3). Denn trauen die Befragten der Polizei in den Herkunftsregionen nicht, dann halten sie die deutsche Polizei für unfähiger, ihnen nützlich zu sein bzw. die Gesetze durchzusetzen.²⁰ Sie bemängeln also weniger die Verhaltensweisen der hiesigen Beamten, als dass sie an deren Kompetenz zweifeln. Das äußert sich auch in einer etwas geringeren Bereitschaft, die deutsche Polizei in Anspruch zu nehmen.

Abbildung 3: Einfluss des Misstrauens in die Polizei in den Herkunftsländern auf die Beurteilung der Kompetenz und die Inanspruchnahme der Polizei in Deutschland (Angaben in Prozent)



Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Fragen 44 und 47).

In den folgenden Kapiteln wird daher u.a. der Frage nachgegangen, welche nicht importierten Faktoren die Beurteilung der Kompetenz der deutschen Polizei nach der Einreise beeinflussen. Dies gilt um so mehr, als es nicht Aufgabe der deutschen Institutionen sein kann, das Vertrauen der Russlanddeutschen in die Polizei der Herkunftsländer zu verbessern. Dennoch

¹⁸ Luff (2000: 152f.) weist darauf hin, dass manche straffälligen Aussiedler vermuten, die hiesige Polizei wäre bestechlich, weil sie dies aus den Herkunftsländern gar nicht anders kennen, was immer wieder zu beiderseitigen Überraschungen führt. Unsere Probanden, die die deutsche Polizei als bestechlich bezeichnen, hatten nur teilweise Polizeikontakte in Deutschland, und es bestand kein signifikanter Zusammenhang zwischen Polizeikontakten und dem Korruptionsvorwurf gegen die hiesigen Polizeibeamten.

¹⁹ Importiertes Misstrauen wird in dieser Teilstudie anhand der Variable „Die Polizei in den Herkunftsländern bringt mehr Probleme als Nutzen und Hilfe“ ermittelt.

²⁰ Die Angaben zum Misstrauen in die Polizei der Herkunftsländer und der Nützlichkeit der deutschen Beamten korrelierten mit 0,3. Der Korrelationswert zwischen dem Misstrauen in die Polizei der Herkunftsländer und dem Durchsetzungsvermögen der deutschen Polizei bei den Gesetzen lag bei 0,2.

stellt sich die Frage, worauf das Vertrauen dort beruht. In diesem Zusammenhang ist die Integration vor der Ausreise von enormer Bedeutung. Hier fällt die Jugendgeneration auf (vgl. Dietz/Roll 1998: 27), haben doch die ins „russische“ Leben *integrierten* jungen Aussiedler mehr Vertrauen in den Nutzen der dortigen Polizei als die übrigen Befragten.²¹ Obendrein ist ihre Einstellung gegenüber dem Einsatzverhalten und der Effektivität der Polizei der Herkunftsregionen im Allgemeinen besser.²² Es ist zu vermuten, dass die positivere Bewertung der dortigen Polizei nicht nur auf einer stärkeren Integration dieser jungen Menschen in ihren Herkunftsländern beruht, sondern auch auf der Tatsache, dass die junge Generation die ethnisch bedingten Verfolgungen und Diskriminierungen, denen die Eltern und Großeltern ausgesetzt waren, lediglich aus Erzählungen kennt. Schließlich fördert das Vertrauen in den Nutzen der dortigen Polizeiarbeit bei der gesamten Jugendgeneration die Bereitschaft, bei Vergehen wie einer Erpressung oder Bedrohung die dortige Polizei in Anspruch zu nehmen. Hingegen hat das Vertrauen in den Nutzen keinen Einfluss auf die Zuhilfenahme der dortigen Polizei bei einer Schlägerei oder Körperverletzung. Diese Art von Delikten selbst zu „regeln“, gilt als eine Frage der Ehre (siehe Kapitel 1).

Die Einstellung der Russlanddeutschen zur Polizei beruht jedoch nicht allein auf Erfahrungen bzw. der Integration in den Herkunftsländern. So wird speziell die *Meinung* zum Vorgehen der hiesigen Polizei²³ durch das Umfeld der Zuwanderer in Deutschland mitbestimmt. Dabei zeigen die Probanden, deren Freundeskreis größtenteils aus Aussiedlern besteht, ein geringeres Vertrauen in die Behandlung durch die deutsche Polizei (siehe Kapitel 3.2).

²¹ Diese jungen Russlanddeutschen stimmten wesentlich seltener für die Ausreise, sie wurden häufig ungewollt mitgenommen. Zudem war ihr beruflicher Werdegang vor der Ausreise bereits weiter fortgeschritten und erfolgreicher als bei den übrigen Gleichaltrigen. Sie hatten häufiger die Schule abgeschlossen und befanden sich mehr als doppelt so oft in einem Ausbildungsverhältnis oder studierten. Die weiter fortgeschrittene „Lebensplanung“ der Integrierten war nicht auf altersspezifische Unterschiede zurückzuführen, wie man vermuten könnte; die Probanden beider „Gruppen“ junger Zuwanderer waren durchschnittlich rund 18 Jahre alt.

²² Es zeigte sich bei den integrierten jungen Russlanddeutschen jedoch kein signifikanter Zusammenhang zwischen den Polizeikontakten in den Herkunftsländern und der Bewertung der dortigen Polizei.

²³ Die Vorgehensweise der deutschen Beamten wird anhand der Variablen „Handelt willkürlich“, „Geht bei leichten Vergehen übertrieben vor“ und „Ist brutal“ untersucht.

3.2 Polizeikontakte der Russlanddeutschen

Mit der Polizei in den Herkunftsländern hatte rund ein Drittel der Befragten jeder Generation Kontakt (Tabelle 4). Diese Angaben verwundern vor dem Hintergrund, dass die älteren Russlanddeutschen viele Jahre in diesen Ländern verbrachten und das Leben in der ehemaligen Sowjetunion von einer ständigen Präsenz der Polizei sowie staatlicher Kontrolle gekennzeichnet war. Hinzu kamen willkürliche Kontrollen und Festnahmen durch die Beamten, denen die Russlanddeutschen als diskriminierte Minderheit selbst Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesetzt waren (Landsmannschaft der Deutschen aus Russland 1997: 22). Die wenigen Nennungen der älteren Befragten in Bezug auf Polizeikontakte in den Herkunftsländern könnten vor dem Hintergrund der traumatischen Erfahrungen in der Sowjetzeit als Anzeichen für deren Verschlossenheit verstanden werden. Eine weitere mögliche Erklärung liegt darin, dass mit zunehmendem Alter frühere Polizeikontakte verdrängt bzw. vergessen werden.

Tabelle 4: Polizeikontakte der Russlanddeutschen nach Altersgruppen

	bis 24 Jahre	25 bis 49 Jahre	über 50 Jahre
Polizeikontakt in den Herkunfts-ländern	25 33,8%	35 34,0%	13 32,5%
Polizeikontakt in Deutschland	31 40,8%	18 17,6%	7 17,5%

Mehrfachnennungen möglich.

In Deutschland hatten insgesamt rund ein Viertel der Probanden Kontakt mit der Polizei. Dabei erscheint es nahe liegend, dass mit 40,8% gerade die jungen Zuwanderer in Berührung mit den Beamten kamen.²⁴ Zum einen sieht es die hiesige polizeiliche Ermittlungsarbeit vor, öfter junge Leute zu kontrollieren. Zum anderen wird das Verhalten von Pubertierenden oftmals als auffällig wahrgenommen. Dies trifft auch auf die Russlanddeutschen zu, für die es ein typisches Freizeitverhalten ist, sich wegen der räumlichen Enge zuhause und fehlenden Freizeitangebote in den Quartieren an öffentlichen Plätzen in ihrem Wohnumfeld zu treffen. Das allein wird von den Einheimischen häufig schon als fremd und bedrohlich empfunden und ruft Ängste sowie Ablehnung hervor. Die jungen Russlanddeutschen müssen sich gar nicht erst delinquent verhalten, um sowohl bei den Anwohnern als auch bei der Polizei Argwohn hervorzurufen (vgl. Strasser/Zdun 2003).²⁵

²⁴ Bei einer bislang unveröffentlichten Vergleichsuntersuchung in Frankfurt am Main ermittelt Zdun, dass 55,9% der 118 befragten 14- bis 25-jährigen Russlanddeutschen Polizeikontakt in Deutschland hatten.

²⁵ Bei rund einem Viertel der Polizeikontakte der jungen Befragten handelt es sich im übrigen um Opferkontakte. Außer im Falle der Opferkontakte wurde nicht explizit nach der Art des Kontaktes gefragt. Auf eine ausführlichere Befragung wurde aus drei Gründen verzichtet: Einerseits standen in dieser Untersuchung das Polizeivertrauen sowie die Inanspruchnahme der Polizei durch durchschnittliche Russlanddeutsche in der Opferrolle im Mittelpunkt. Andererseits war nicht zu erwarten, dass eine ausreichende Anzahl der 219 Befragten in Deutschland polizeilich auffällig geworden ist, um statistische Aussagekraft zu bieten. Schließlich war zu befürchten, dass eine solche Frage auf Grund der Verschlossenheit der Russlanddeutschen auf Ablehnung ge-

Die Polizeikontakte der Befragten in Deutschland werden aber auch durch die Integrationsvariablen „Sprachkenntnisse“ und „Aufenthaltsdauer“ bestimmt, die sich wechselseitig beeinflussen.²⁶ Nicht nur die Verbesserung der Sprachfähigkeiten der Russlanddeutschen, sondern auch die Anzahl der in Deutschland verbrachten Jahre führen zu einem Anstieg der Polizeikontakte. Dies erklärt sich hauptsächlich über die größere Wahrscheinlichkeit, nach mehreren Jahren des Aufenthalts mit der deutschen Polizei in Berührung zu kommen. Mit Blick auf die Sprachkenntnisse ist zudem anzunehmen, dass man die Polizei eher in Anspruch nimmt, wenn man sein Problem zu schildern in der Lage ist.²⁷

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welchen Einfluss die Polizeikontakte auf die Beurteilung der hiesigen Beamten nehmen. Tabelle 5 informiert darüber, wie die Probanden mit Polizeikontakt in Deutschland das Einsatzverhalten und die Effektivität der deutschen Polizei bewerten.

Tabelle 5: Beurteilung des Einsatzverhaltens und der Effektivität der Polizei in Deutschland nach Kontakt zu den hiesigen Beamten

	negative Bewertung	positive Bewertung	Cramers-V
ist da, wenn man sie braucht	47,4%	27,4%	- 0,133 ^{n.s.}
handelt nicht willkürlich	40,0%	23,7%	- 0,175*
geht bei leichten Vergehen nicht übertrieben vor	27,0%	44,4%	0,169*
handelt gerecht	33,3%	30,9%	- 0,015 ^{n.s.}
ist nicht korrupt/bestechlich	41,2%	32,1%	- 0,062 ^{n.s.}
erscheint schnell, wenn man sie ruft	26,3%	30,6%	0,029 ^{n.s.}
bringt weniger Probleme als Nutzen und Hilfe	36,6%	29,7%	- 0,065 ^{n.s.}
ist nicht brutal	34,5%	32,3%	- 0,018 ^{n.s.}
kann das Gesetz durchsetzen	37,5%	29,6%	- 0,059 ^{n.s.}
kann leichte Vergehen aufklären	20,0%	31,8%	0,110 ^{n.s.}
kann schwere Vergehen aufklären	30,3%	31,6%	0,015 ^{n.s.}
hat Macht	33,3%	28,8%	- 0,040 ^{n.s.}

Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Fragen 44 und 45). Signifikanziveau: ***(p=0,0001); **(p=0,005); *(p=0,05); n.s. = nicht signifikant.

Es wird deutlich, dass die hiesigen Polizeikontakte sich nur auf die Einschätzung einzelner Aspekte auswirken. So verschlechtern die Begegnungen mit den Beamten die Ansichten über deren Präsenz und Willkür, sie verbessern hingegen die Denkweise über deren Vorgehen bei

stoßen wäre. Dies hätte sich nicht nur auf die Beantwortung dieser Frage, sondern auch auf die der nachfolgenden Fragen negativ ausgewirkt.

²⁶ Die deutsche Sprachkompetenz der Zuwanderer steigt mit den Jahren des Aufenthalts, die Angaben korrelieren auf einem Niveau von 0,6.

²⁷ In dieser Hinsicht kommt die Scheu der Russlanddeutschen, durch Sprachprobleme negativ aufzufallen, zum Tragen. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund, dass in den Medien immer wieder die mangelnde Sprachkompetenz von Aussiedlern diskutiert wird.

leichten Delikten. Das stimmt mit den Ergebnissen aus Kapitel 3.1 überein, zumal speziell die Jugendgeneration über Polizeikontakte verfügt. Gerade die jungen Russlanddeutschen beurteilen die polizeilichen Kontrollen, denen sie sich durch ihre öffentlichen Treffpunkte häufig ausgesetzt sehen, als willkürlich. Diese Ansicht verdichtet sich mit den Polizeikontakten bzw. den Jahren des Aufenthalts in Deutschland. Deshalb liegt es für diese Befragten auf der Hand, dass die Polizei nicht da ist, wenn man sie braucht. Vielmehr treten die Beamten aus der Sicht dieser Probanden gerade dann in Erscheinung, wenn sie am wenigsten gebraucht werden, nämlich in der Freizeit. Immerhin führen diese Kontakte dazu, dass das Verhalten der Beamten bei geringen Auffälligkeiten seltener als übertrieben bewertet wird. Die Befragten respektieren also, wie die Polizisten mit ihnen umgehen, wenn sie auch deren „Kontrollpraxis“ nicht gutheißen.

Ebenso wichtig wie die Frage, welchen Einfluss Polizeikontakte auf die Beurteilung der deutschen Polizei haben, ist die Frage, wie die Polizei eingeschätzt wird, wenn keine Kontakte zustande kommen. Die nahe liegende Antwort ist, dass in diesem Fall neben eigenen Vermutungen die Erfahrungen und Meinungen des sozialen Umfeldes eine erhebliche Rolle spielen.

Bei rund zwei Dritteln der Teilnehmer ohne hiesigen Polizeikontakt besteht das Umfeld größtenteils aus Aussiedlern, und dieses nimmt nachweislich Anteil an der Beurteilung des Vorgehens der deutschen Beamten (Tabelle 6). So führt das „Aussiedler-Umfeld“ zu einer negativeren Beurteilung des Verhaltens der hiesigen Polizei als ein gemischtes Umfeld.²⁸ Mit anderen Worten: Gerade wenn die Russlanddeutschen in Kolonien²⁹ leben, prägen die Erfahrungen einzelner die Meinung der Mehrheit negativ.

Tabelle 6: Einschätzung des willkürlichen Handelns und der Brutalität der deutschen Polizei ohne hiesigen Polizeikontakt nach „Kolonie-Status“

	Koloniebewohner	keine Koloniebewohner	Cramers -V
handelt nicht willkürlich	44,3%	73,8%	0,293**
ist nicht brutal	73,0%	95,2%	0,283**

Mehrfachnennungen möglich. Signifikanzniveau: ***($p=0,0001$); **($p=0,005$); *($p=0,05$); n.s. = nicht signifikant.

Ein Großteil der Befragten hatte gar keine Polizeikontakte in Deutschland. Bei den übrigen Probanden zeigte sich jedoch, dass solche Begegnungen die Beurteilung des Verhaltens der hiesigen Beamten beeinflussten. Dies wurde speziell bei den jungen Russlanddeutschen deut-

²⁸ Diesen signifikanten Zusammenhang belegen die Korrelationswerte von jeweils rund 0,3.

²⁹ Unter Kolonien werden Ballungsgebiete mit hohem Aussiedleranteil verstanden. Deshalb wurden die Probanden sowohl nach ihrem Freundeskreis als auch nach dem Wohnort ihrer Verwandten und Bekannten befragt. Demnach lebten 63 der Duisburger Befragten (28,8%) in Kolonien. Die Befragten aus diesen ethnischen Gettos waren zu rund zwei Dritteln Männer. Zudem waren die kinderlosen Singles sowie die Befragten der ältesten Generation über-, die Probanden der mittleren Generation dagegen unterrepräsentiert. Die Duisburger Wohlfahrtsverbände (2001: 7) weisen auf eine „Gefahr der Gettobildung“ hin und berichten von Häusern und von Straßenzügen, in denen ausschließlich bzw. größtenteils russisch gesprochen wird.

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

lich, die am häufigsten mit der Polizei in Deutschland in Berührung kamen. Gleichzeitig speist sich die Bewertung des Vorgehens der deutschen Polizei aus dem Umfeld der Aussiedler, wenn keine Polizeikontakte bestanden.

3.3 Opferkontakte der Russlanddeutschen mit der Polizei

3.3.1 Importierte Einflüsse auf die Inanspruchnahme der Polizei

Mehr als die Hälfte (55,3%) der Befragten gibt an, dass sie die deutsche Polizei als Opfer nicht in Anspruch nehmen würden. Bei der Frage nach dem „Warum“ richten wir den Blick zunächst auf mögliche „importierte“ Einflüsse aus den Herkunftsländern (Tabelle 7).

Tabelle 7: Potenzielle Inanspruchnahme der Polizei in Deutschland und in den Herkunftsländern

	würde als Opfer die deutsche Polizei nicht in Anspruch nehmen	würde als Opfer die deutsche Polizei in Anspruch nehmen	Gesamt
würde als Opfer die Polizei in den Herkunftsländern nicht in Anspruch nehmen	102 85,0%	22 22,7%	124 57,1%
würde als Opfer die Polizei in den Herkunftsländern in Anspruch nehmen	18 15,0%	75 77,3%	93 42,9%

Basis: n=217

Dabei zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen der Inanspruchnahme der dortigen und der hiesigen Polizei.³⁰ So würden 85% der Befragten, die polizeiliche Hilfe in den Herkunftsländern ausschlossen, auch in Deutschland darauf verzichten. Hingegen kommt für 77,3% derjenigen, die sich eine Inanspruchnahme der Polizei vor der Ausreise vorstellen konnten, eine solche auch nach der Einreise in Frage. Es ist zu vermuten, dass die Entscheidung für oder gegen die Inanspruchnahme der Polizei in beiden Ländern in Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Polizei steht. Um dieser Frage nachzugehen, wurden die in Tabelle 8 aufgezeigten Auswertungen vorgenommen.

Die Angaben zeigen zum einen, dass die Befragten, die sich eine Inanspruchnahme der Polizei in beiden Ländern vorstellen konnten, die Polizei sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland positiver beurteilten als die Probanden, die in beiden Ländern die Hilfe der Beamten ablehnten. Zum anderen, und das ist entscheidend, wurde deutlich, dass zwischen der Inanspruchnahme der Polizei und dem Vertrauen in die Beamten kein relevanter Zusammenhang besteht. Wenn die (fehlende) Bereitschaft zur Inanspruchnahme der Polizei importiert wird, dann ist dies nicht auf die Beurteilung der Beamten zurückzuführen. Deshalb stellt sich die Frage, welche Faktoren die Inanspruchnahme der Polizei in den Herkunftsländern und in Deutschland stattdessen bestimmen.

³⁰ Dies belegt die signifikante Korrelation von 0,6 zwischen den beiden Angaben.

Tabelle 8: Beurteilung des Einsatzverhaltens und der Effektivität der Polizei in den Herkunftsländern und Deutschland im Verhältnis zur potenziellen Inanspruchnahme der Polizei beider Länder

		keine Inanspruchnahme in beiden Ländern	Inanspruchnahme in beiden Ländern	Cramers-V
ist da, wenn man sie braucht	im Herkunftsland	27,4%	38,5%	0,118 ^{n.s.}
	in Deutschland	86,6%	94,1%	0,125 ^{n.s.}
handelt nicht will- kürlich	im Herkunftsland	26,0%	21,3%	- 0,054 ^{n.s.}
	in Deutschland	44,6%	57,1%	0,125 ^{n.s.}
geht bei leichten Vergehen nicht übertrieben vor	im Herkunftsland	42,3%	43,5%	0,013 ^{n.s.}
	in Deutschland	31,9%	27,6%	- 0,047 ^{n.s.}
handelt gerecht	im Herkunftsland	39,5%	48,4%	0,089 ^{n.s.}
	in Deutschland	89,3%	95,1%	0,105 ^{n.s.}
ist nicht korrupt/ bestechlich	im Herkunftsland	22,8%	31,7%	0,101 ^{n.s.}
	in Deutschland	91,0%	90,7%	- 0,005 ^{n.s.}
erscheint schnell, wenn man sie ruft	im Herkunftsland	30,3%	42,9%	0,131 ^{n.s.}
	in Deutschland	84,0%	96,9%	0,213*
bringt weniger Probleme als Nut- zen und Hilfe	im Herkunftsland	28,9%	37,5%	0,091 ^{n.s.}
	in Deutschland	74,6%	77,6%	0,034 ^{n.s.}
ist nicht brutal	im Herkunftsland	44,2%	51,6%	0,074 ^{n.s.}
	in Deutschland	77,1%	90,9%	0,183*
kann das Gesetz durchsetzen	im Herkunftsland	44,3%	59,7%	0,154 ^{n.s.}
	in Deutschland	80,8%	91,9%	0,159 ^{n.s.}
kann leichte Verge- hen aufklären	im Herkunftsland	49,3%	60,7%	0,114 ^{n.s.}
	in Deutschland	65,8%	84,5%	0,211*
kann schwere Ver- gehen aufklären	im Herkunftsland	54,7%	59,7%	0,050 ^{n.s.}
	in Deutschland	43,3%	55,6%	0,122 ^{n.s.}
hat Macht	im Herkunftsland	32,5%	40,9%	0,087 ^{n.s.}
	in Deutschland	78,6%	78,9%	0,005 ^{n.s.}

Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Fragen 35 und 36 sowie Fragen 44 und 45). Signifikanzniveau: ***($p=0,0001$); **($p=0,005$); *($p=0,05$); n.s. = nicht signifikant.

In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung des Rückzugsverhaltens der Zuwanderer unverkennbar (Tabelle 9). Denn nur 29,6% der Teilnehmer, die in Deutschland in Kolonien wohnen, würden sowohl vor als auch nach der Einreise auf polizeiliche Hilfe zurückgreifen. Dagegen würden sich 67,5% derer, die außerhalb dieser Gettos in einem „gemischten“ Freundeskreis leben, für eine Inanspruchnahme entscheiden. Außerdem schätzen die Koloniebewohner das Verhalten und die Kompetenz der Polizei in den Herkunftsländern und in Deutschland negativer ein.³¹

³¹ Diese Unterschiede sind nicht auf Polizeikontakte in den Herkunftsländern zurückzuführen. Es bestand lediglich ein geringer, nicht signifikanter Zusammenhang zwischen der Gettoisierung der Befragten in Deutschland und den Polizeikontakten vor der Ausreise.

Tabelle 9: Inanspruchnahme und Beurteilung der Polizei beider Länder nach „Kolonie-Status“

	Koloniebewohner	keine Koloniebewohner	Cramers-V
würde als Opfer die Polizei im Herkunftsland und in Deutschland in Anspruch nehmen	29,6%	67,5%	0,375***
die Polizei in den Herkunftsländern handelt nicht willkürlich	18,5%	41,7%	0,253*
die Polizei in den Herkunftsländern bringt weniger Probleme als Nutzen und Hilfe	28,0%	52,5%	0,250*
die Polizei in den Herkunftsländern kann das Gesetz durchsetzen	42,9%	75,6%	0,327**
die Polizei in Deutschland handelt nicht willkürlich	38,0%	71,4%	0,349**
die Polizei in Deutschland bringt weniger Probleme als Nutzen und Hilfe	66,7%	91,4%	0,288*
die Polizei in Deutschland ist nicht brutal	71,2%	94,1%	0,282*
die Polizei in Deutschland kann das Gesetz durchsetzen	75,9%	97,6%	0,305**

Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Fragen 35 und 36 sowie Fragen 44 und 45). Signifikanzniveau: ***($p=0,0001$); **($p=0,005$); *($p=0,05$); n.s. = nicht signifikant.

Der Unterschied zwischen diesen „Gegenpolen“ liegt jedoch nicht allein darin, dass die einen in Deutschland innerhalb von Kolonien leben und die anderen nicht. Dies wäre nämlich keine Erklärung für die Ablehnung bzw. Inanspruchnahme polizeilicher Hilfe in den Herkunftsländern. Ein Vergleich der beiden Gruppen zeigt vielmehr, dass es sich um zwei verschiedene Arten von Charakteren handelt (Tabelle 10).

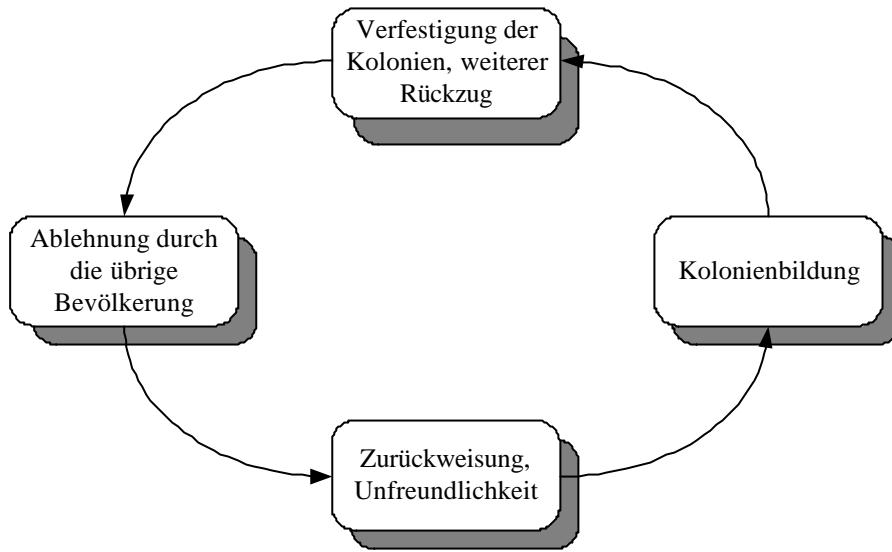
Tabelle 10: Eigenschaften und Einstellungen nach „Kolonie-Status“

	Koloniebewohner	keine Koloniebewohner	Cramers -V
verbringe Freizeit meist mit Freunden	84,1%	68,6%	- 0,184 n.s.
Kontakt zu Einheimischen in der Freizeit	14,5%	35,3%	0,242*
Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft	25,8%	54,9%	0,297**
wünsche mir mehr Kontakt zu Einheimischen	63,5%	84,3%	0,233*
fühle mich in Deutschland selten als Gleiches unter Gleichen	33,9%	17,9%	0,390**
fühle mich in Deutschland selten aufgenommen und wohl	23,3%	7,1%	0,349*
fühle mich in Deutschland selten erfolgreich	47,5%	23,7%	0,331*
ausgeprägterer Gemeinschaftssinn bei Einheimischen als bei Russlanddeutschen	15,1%	35,1%	0,253*
ausgeprägtere familiäre Erziehung bei Einheimischen als bei Russlanddeutschen	27,1%	53,5%	0,276*
stärkeres Individualitätsbedürfnis bei Einheimischen als bei Russlanddeutschen	60,4%	32,4%	0,308*

Mehrfachnennungen möglich. Signifikanzniveau: ***($p=0,0001$); **($p=0,005$); *($p=0,05$); n.s. = nicht signifikant.

Im Gegensatz zu den „integrierteren“ Russlanddeutschen suchen die Gettoisierten weniger den Kontakt zu Einheimischen in ihrem Umfeld, obwohl sie dem Freundeskreis eine große Bedeutung beimessen. Gleichzeitig fühlen sie sich stärker von der übrigen Gesellschaft zurückgewiesen und erfolglos. Dabei ist von einem wechselseitigen Prozess auszugehen (Abbildung 4): Einerseits trägt der Rückzug in die Kolonien zur Ablehnung der sonstigen Bevölkerung bei, andererseits verstetigen sich in den Kolonien die Gefühle der Zurückweisung, und es nimmt die Absicht zu, weniger in Kontakt mit der als unfreundlich empfundenen Umwelt zu treten. Schließlich fallen die Koloniebewohner dadurch auf, dass sie dem Gemeinschaftssinn und den tradierten familiären Werten mehr Bedeutung zuschreiben und weniger Wert auf „Individualität“ legen als die Einheimischen sowie die übrigen Russlanddeutschen. Darüber hinaus äußert sich die geringe Integration dieser Zuwanderer darin, dass sie zu 73% von Sprachschwierigkeiten berichten, wogegen „lediglich“ die Hälfte der nicht getoisierten Befragten Sprachprobleme haben.

Abbildung 4: Wechselseitiger Prozess der Zurückweisung und des Rückzugs der Kolonienbewohner



Die Probanden aus den Kolonien fallen also dadurch auf, dass ihnen die Integration generell schwerer fällt. Dies erklärt auch, warum sie weniger Wert auf die Einhaltung gesellschaftlicher Übereinkünfte wie die Inanspruchnahme der Polizei legen und ein grundsätzlich schlechteres Bild von der Institution der Polizei haben, das nicht auf Polizeikontakte in den Herkunfts ländern zurückzuführen ist. Das bei den Koloniebewohnern stark ausgeprägte geringe Maß an Flexibilität trägt zudem dazu bei, dass sie in einen Kreislauf der Desintegration geraten, der um so schwerer wiegt, als in Deutschland ein hohes Maß an Integration gefordert wird (vgl. Häußermann 2000: 77ff.). Hingegen scheinen die Probanden, die in einem gemischten Umfeld leben, im Allgemeinen offener für Veränderungen. Ferner ist ihnen eine stärkere Tendenz zur Normkonformität eigen, weshalb sie sowohl vor als auch nach der Einreise die Polizei eher in Anspruch nehmen würden.

Die importierte Ablehnung bzw. Inanspruchnahme der Polizei wird jedoch nicht nur durch die „Integrationsfähigkeit“ der Zuwanderer bestimmt, sondern hängt auch mit dem Lebensalter der Befragten zusammen.³² Zur Veranschaulichung dient Tabelle 11.³³

³² So erklärt das nicht kategorisierte Alter der Probanden mit einem Eta-Korrelationswert von über 0,5 die Zu hilfenahme der Polizei in beiden Ländern.

³³ Das Zusammenhangsmaß zwischen dieser kategorisierten Alterseinteilung und der importierten Inanspruch nahme der Polizei liegt bei über 0,1. Somit verschlechtert diese Einteilung zwar den Korrelationswert, jedoch verdeutlicht sie die Richtung des Zusammenhangs.

Tabelle 11: Importierte Ablehnung bzw. Inanspruchnahme der Polizei nach Alter

	bis 24 Jahre	25 bis 49 Jahre	über 50 Jahre	Gesamt
keine Inanspruchnahme in beiden Ländern	27 48,2%	52 60,5%	23 65,7%	102 57,6%
Inanspruchnahme in beiden Ländern	29 51,8%	34 39,5%	12 34,3%	75 42,4%

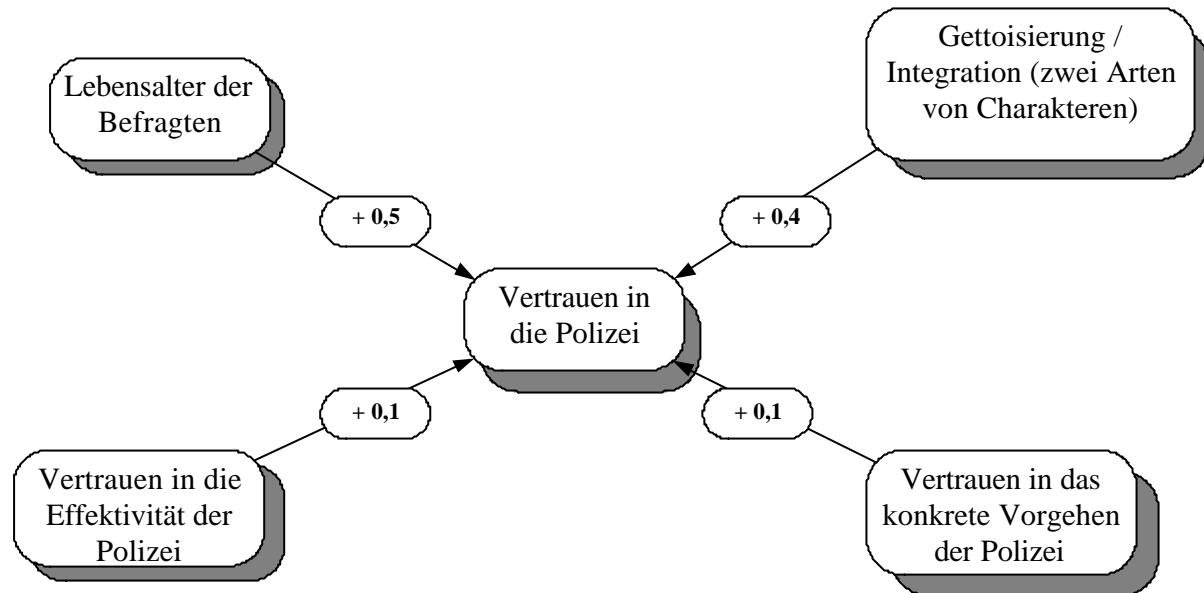
Basis: n=177

Die Datenanalyse weist einen Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und der Inanspruchnahme der Polizei vor und nach der Ausreise nach. Ein Erklärungsansatz bietet sich mit der Integration der Zuwanderer an, die in Einklang mit unseren Schlüssen in Bezug auf die unterschiedlichen Wesensmerkmale der Russlanddeutschen steht. Wie in Kapitel 3.1 bereits angeklungen ist, waren die jungen Russlanddeutschen stärker ins Leben in den Herkunftsländern integriert. Dies legt die Vermutung nahe, dass die jungen Zuwanderer in starkerem Maße die Bereitschaft zur Inanspruchnahme der Polizei importieren als die älteren Aussiedler.

Eine weitere Auslegung hängt mit den Erfahrungen der älteren Generation mit staatlichen Kontrollorganen zusammen. Die älteren Russlanddeutschen waren als ethnische Minderheit verstärkt polizeilichen Verfolgungen und Diskriminierungen ausgesetzt, während die jüngeren Aussiedler diese lediglich aus Erzählungen kennen. Das enorme „Gewicht“ dieser Erlebnisse wird allein schon dadurch deutlich, dass die ältere Generation dazu tendiert, die Kontakte zur dortigen Polizei zu tabuisieren. Es ist von „tief verwurzelten“ Ängsten und Ressentiments gegenüber der Polizei auszugehen, die deren Inanspruchnahme so sehr entgegenstehen, dass sie auch in Deutschland zum Tragen kommen.

Abbildung 5 illustriert die in diesem Kapitel aufgezeigten Zusammenhänge. Demnach ist Vertrauen bzw. Misstrauen in die deutsche Polizei nur bedingt ein *importiertes* Problem. Vertrauen wird u.a. auch durch den *Integrationsgrad* sowie das *Lebensalter* der Befragten beeinflusst.

Abbildung 5: Einflüsse auf die importierte Ablehnung bzw. Inanspruchnahme der Polizei



Nach diesen Ausführungen über die Bedeutung importierter Einflüsse auf die Inanspruchnahme der Polizei ist im Folgenden auf die Relevanz den in Deutschland gesammelten Erfahrungen einzugehen.

3.3.2 Hiesige Einflüsse auf die Inanspruchnahme der Polizei

In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, welche Faktoren die Inanspruchnahme der deutschen Polizei bestimmen. Dabei richtet sich der Blick zunächst auf die Bewertung der hiesigen Beamten (Tabelle 12).

Tabelle 12: Beurteilung des Einsatzverhaltens und der Effektivität der Polizei in Deutschland bei potenzieller Inanspruchnahme der Polizei

	negative Bewertung	positive Bewertung	Cramers-V
ist da, wenn man sie braucht	26,3%	49,4%	0,141 ^{n.s.}
handelt nicht willkürlich	40,0%	55,3%	0,153 ^{n.s.}
geht bei leichten Vergehen nicht übertrieben vor	47,0%	44,4%	- 0,023 ^{n.s.}
handelt gerecht	33,3%	48,0%	0,084 ^{n.s.}
ist nicht korrupt/bestechlich	41,2%	47,3%	0,039 ^{n.s.}
erscheint schnell, wenn man sie ruft	21,1%	50,6%	0,183*
bringt weniger Probleme als Nutzen und Hilfe	41,5%	49,2%	0,067 ^{n.s.}
ist nicht brutal	24,1%	51,2%	0,211*
kann das Gesetz durchsetzen	25,0%	50,0%	0,172*
kann leichte Vergehen aufklären	27,5%	51,9%	0,208*
kann schwere Vergehen aufklären	44,7%	49,4%	0,046 ^{n.s.}
hat Macht	42,4%	48,0%	0,045 ^{n.s.}

Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Fragen 44 und 45). Signifikanzniveau: ***($p=0,0001$); **($p=0,005$); *($p=0,05$); n.s. = nicht signifikant.

Es bestehen Zusammenhänge zwischen der Bewertung der deutschen Polizei und deren Inanspruchnahme. Wenn also die hiesigen Beamten in bestimmten Punkten positiver beurteilt werden, würden sie eher in Anspruch genommen. Um näheren Aufschluss über diese Zusammenhänge zu gewinnen, wird nach der Aufenthaltsdauer der Probanden in Deutschland differenziert (Tabelle 13).

Tabelle 13: Beurteilung des Einsatzverhaltens und der Effektivität der Polizei in Deutschland in Bezug bei potenzieller Inanspruchnahme der Polizei nach Aufenthaltsdauer

		negative Bewertung	positive Bewertung	Cramers-V
ist da, wenn man sie braucht	Aufenthalt: > 3 Jahre	37,5%	50,0%	0,067 ^{n.s.}
	Aufenthalt: < 3 Jahre	18,2%	48,6%	0,210 ^{n.s.}
handelt nicht willkürlich	Aufenthalt: > 3 Jahre	35,3%	65,9%	0,304*
	Aufenthalt: < 3 Jahre	43,9%	40,6%	- 0,033 ^{n.s.}
geht bei leichten Vergehen nicht übertrieben vor	Aufenthalt: > 3 Jahre	55,7%	20,0%	- 0,272*
	Aufenthalt: < 3 Jahre	33,3%	56,7%	0,231*
handelt gerecht	Aufenthalt: > 3 Jahre	42,9%	49,4%	0,035 ^{n.s.}
	Aufenthalt: < 3 Jahre	25,0%	46,4%	0,131 ^{n.s.}
ist nicht korrupt/bestechlich	Aufenthalt: > 3 Jahre	37,5%	51,5%	0,086 ^{n.s.}
	Aufenthalt: < 3 Jahre	44,4%	42,9%	- 0,011 ^{n.s.}
erscheint schnell, wenn man sie ruft	Aufenthalt: > 3 Jahre	28,6%	50,6%	0,114 ^{n.s.}
	Aufenthalt: < 3 Jahre	16,7%	50,7%	0,243*
bringt weniger Probleme als Nutzen und Hilfe	Aufenthalt: > 3 Jahre	52,6%	50,8%	- 0,016 ^{n.s.}
	Aufenthalt: < 3 Jahre	31,8%	47,2%	0,141 ^{n.s.}
ist nicht brutal	Aufenthalt: > 3 Jahre	15,4%	56,1%	0,302*
	Aufenthalt: < 3 Jahre	31,3%	45,9%	0,120 ^{n.s.}
kann das Gesetz durchsetzen	Aufenthalt: > 3 Jahre	18,2%	53,6%	0,226*
	Aufenthalt: < 3 Jahre	30,8%	45,6%	0,110 ^{n.s.}
kann leichte Vergehen aufklären	Aufenthalt: > 3 Jahre	25,0%	52,6%	0,210*
	Aufenthalt: < 3 Jahre	29,2%	50,9%	0,203 ^{n.s.}
kann schwere Vergehen aufklären	Aufenthalt: > 3 Jahre	53,1%	45,2%	- 0,077 ^{n.s.}
	Aufenthalt: < 3 Jahre	29,6%	52,1%	0,217 ^{n.s.}
hat Macht	Aufenthalt: > 3 Jahre	33,3%	53,6%	0,155 ^{n.s.}
	Aufenthalt: < 3 Jahre	50,0%	41,1%	- 0,077 ^{n.s.}

Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Fragen 44 und 45). Signifikanzniveau: ***($p=0,0001$); **($p=0,005$); *($p=0,05$); n.s. = nicht signifikant.

Diese Ergebnisse führen vor Augen, dass sich mit der Länge des Aufenthalts die Faktoren ändern, die die Entscheidung über eine Zuhilfenahme der hiesigen Beamten beeinflussen. So ist in den ersten drei Jahren nach der Einreise die Einschätzung der Willkür und der Brutalität sowie das Vertrauen in die Fähigkeit der deutschen Ordnungshüter, das Gesetz durchzusetzen, von maßgeblicher Bedeutung. Dies spiegelt die Unsicherheit der Zuwanderer wider, die nach Orientierung in der unbekannten Gesellschaft suchen und nicht wissen, wie sie die deutsche Polizei einschätzen sollen.³⁴ Die „Orientierungslosigkeit“ äußert sich zudem darin, dass sie

³⁴ Diese Probanden hatten erst zu 17,1% Kontakt zur deutschen Polizei, die Mehrheit verfügt also über keine eigenen Erfahrungen mit den hiesigen Ordnungshütern, auf die sie zurückgreifen könnten. Die länger ansässigen Befragten kamen zu 38,2% mit den deutschen Beamten in Kontakt.

von den Beamten nicht nur fordern, leichte Vergehen aufzuklären, sondern auch erwarten, dass sie dabei streng vorgehen. Dies erklärt sich dadurch, dass die Russlanddeutschen in Erinnerung an die Herkunftsländer einerseits „Angst“ vor der Polizei haben, andererseits von dieser Distanz und Härte erwarten, auf denen der Respekt vor der Polizei gründet (vgl. Sasse 1999: 227). Nach dieser „Eingewöhnungsphase“ legen die Zuwanderer mehr Wert auf die Präsenz und das schnelle Erscheinen der Polizei, wenn diese benötigt wird. Darüber hinaus erwarten sie, dass die Arbeit der Polizei effektiv ist und ihnen das Vorgehen der Beamten nicht übertrieben oder ungerecht erscheint. Mit anderen Worten, der Inanspruchnahme der Polizei seitens der länger ansässigen Russlanddeutschen steht das Gefühl entgegen, die Beamten seien nicht für sie da, die Arbeit der Polizisten sei nicht effizient bzw. sie verhielten sich nicht den Umständen entsprechend. Somit legen die Zuwanderer mit zunehmender Aufenthaltsdauer die Vorstellung ab, die Polizei müsse Härte beweisen, um respektiert und in Anspruch genommen zu werden.

Mit Blick auf den Zusammenhang zwischen den Sprachkenntnissen und der Inanspruchnahme der deutschen Polizei zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Einbeziehung der Aufenthaltsdauer (Tabelle 14). Dies ist wesentlich auf das in Kapitel 3.2 thematisierte wechselseitige Verhältnis zwischen Sprachkenntnissen und Aufenthaltsdauer zurückzuführen, so dass die Befragten mit Sprachproblemen ein vergleichbares Antwortverhalten zeigen wie diejenigen, die erst relativ kurz in Deutschland leben. Hingegen ähneln die Angaben der Probanden ohne Sprachschwierigkeiten denen der Teilnehmer, die länger als drei Jahre in Deutschland wohnen.

Darüber hinaus haben die Sprachprobleme im Allgemeinen einen Anteil an der Inanspruchnahme der hiesigen Polizei. So können sich mit 48,8% mehr Probanden ohne Sprachschwierigkeiten eine polizeiliche Zuhilfenahme vorstellen als die 42,8% der Befragten mit einem Sprachhandicap. Folglich stellen fehlende Sprachkenntnisse zumindest eine kleine Barriere für die Zuhilfenahme der deutschen Beamten dar.

Tabelle 14: Beurteilung des Einsatzverhaltens und der Effektivität der Polizei in Deutschland in Bezug bei potenzieller Inanspruchnahme der Polizei nach deutschen Sprachkenntnissen

		negative Bewertung	positive Bewertung	Cramers-V
ist da, wenn man sie braucht	Sprachprobleme	33,3%	47,4%	0,089 n.s.
	keine Sprachprobleme	14,3%	52,9%	0,225 n.s.
handelt nicht willkürlich	Sprachprobleme	33,3%	56,5%	0,232*
	keine Sprachprobleme	47,2%	53,3%	0,061 n.s.
geht bei leichten Vergehen nicht übertrieben vor	Sprachprobleme	52,2%	20,0%	- 0,270*
	keine Sprachprobleme	40,0%	64,0%	0,230 n.s.
handelt gerecht	Sprachprobleme	44,4%	45,9%	0,008 n.s.
	keine Sprachprobleme	16,7%	51,5%	0,193 n.s.
ist nicht korrupt/bestechlich	Sprachprobleme	25,0%	47,9%	0,139 n.s.
	keine Sprachprobleme	55,6%	47,5%	- 0,055 n.s.
erscheint schnell, wenn man sie ruft	Sprachprobleme	20,0%	48,9%	0,171 n.s.
	keine Sprachprobleme	22,2%	54,0%	0,210 n.s.
bringt weniger Probleme als Nutzen und Hilfe	Sprachprobleme	42,9%	47,8%	0,042 n.s.
	keine Sprachprobleme	40,0%	52,0%	0,108 n.s.
ist nicht brutal	Sprachprobleme	17,6%	51,5%	0,272*
	keine Sprachprobleme	33,3%	51,7%	0,139 n.s.
kann das Gesetz durchsetzen	Sprachprobleme	15,4%	50,0%	0,231*
	keine Sprachprobleme	36,4%	50,8%	0,104 n.s.
kann leichte Vergehen aufklären	Sprachprobleme	28,6%	49,3%	0,173 n.s.
	keine Sprachprobleme	26,3%	56,6%	0,267*
kann schwere Vergehen aufklären	Sprachprobleme	46,0%	44,1%	- 0,019 n.s.
	keine Sprachprobleme	44,0%	53,3%	0,089 n.s.
hat Macht	Sprachprobleme	36,8%	49,3%	0,103 n.s.
	keine Sprachprobleme	50,0%	47,3%	- 0,022 n.s.

Mehrfachnennungen möglich. Die Kategorienbildung erfolgte, indem die Antwortmöglichkeiten „häufig“ und „manchmal“ bzw. „selten“ und „nie“ dichotomisiert wurden (siehe Anhang, Fragen 44 und 45). Signifikanz niveau: ***($p=0,0001$); **($p=0,005$); *($p=0,05$); n.s. = nicht signifikant.

Wenngleich die Integrationsvariable „Sprachkenntnisse“ lediglich geringen Einfluss auf die Inanspruchnahme der hiesigen Polizei zeigt, wurde davon ausgegangen, dass die Integration der Befragten dennoch von Bedeutung ist. Deshalb wurde die Gettoisierung der Probanden diesbezüglich thematisiert (Tabelle 15). Wie erwartet, nehmen die nicht gettoisierten Probanden die deutsche Polizei eher in Anspruch als die Koloniebewohner. Dieses Antwortverhalten ist darauf zurückzuführen, dass sich die befragten Russlanddeutschen durch zwei verschiedene Wesensarten auszeichnen (siehe Kapitel 3.3.1). Während die Koloniebewohner generell verschlossener sind und die Inanspruchnahme der Polizei vielfach nicht nur in Deutschland,

sondern auch in den Herkunftsländern ablehnen, fallen die „integrierteren“ Probanden durch eine allgemein offenere Einstellung und die Zuhilfenahme der Polizei in beiden Ländern auf.

Tabelle 15: Potenzielle Inanspruchnahme der deutschen Polizei nach „Kolonie-Status“

	Koloniebewohner	keine Koloniebewohner	Cramers-V
Würde als Opfer die Polizei in Deutschland nicht in Anspruch nehmen.	69,8%	31,4%	0,383***
Würde als Opfer die Polizei in Deutschland in Anspruch nehmen.	30,2%	68,6%	

Signifikanzniveau: ***(p=0,0001); **(p=0,005); *(p=0,05); n.s. = nicht signifikant.

Schließlich wurde der Frage nachgegangen, ob das Alter sowie das Geschlecht der Befragten Einfluss auf die Inanspruchnahme der Polizei in Deutschland nehmen (Tabelle 16).³⁵ Demnach würden jeweils rund die Hälfte der unter 50-jährigen Frauen und der unter 25-jährigen Männer die deutsche Polizei in Anspruch nehmen. Dies täten die über 50-jährigen Frauen sowie die über 25-jährigen Männer jedoch nur zu knapp einem Drittel.

Tabelle 16: Potenzielle Inanspruchnahme der deutschen Polizei nach Altersgruppen und Geschlecht

	bis 24 Jahre	25 bis 49 Jahre	über 50 Jahre	Gesamt
Frauen	19 51,4%	28 53,8%	9 34,6%	56 48,7%
Männer	19 48,7%	18 35,3%	5 35,7%	42 40,4%

Basis: n=98

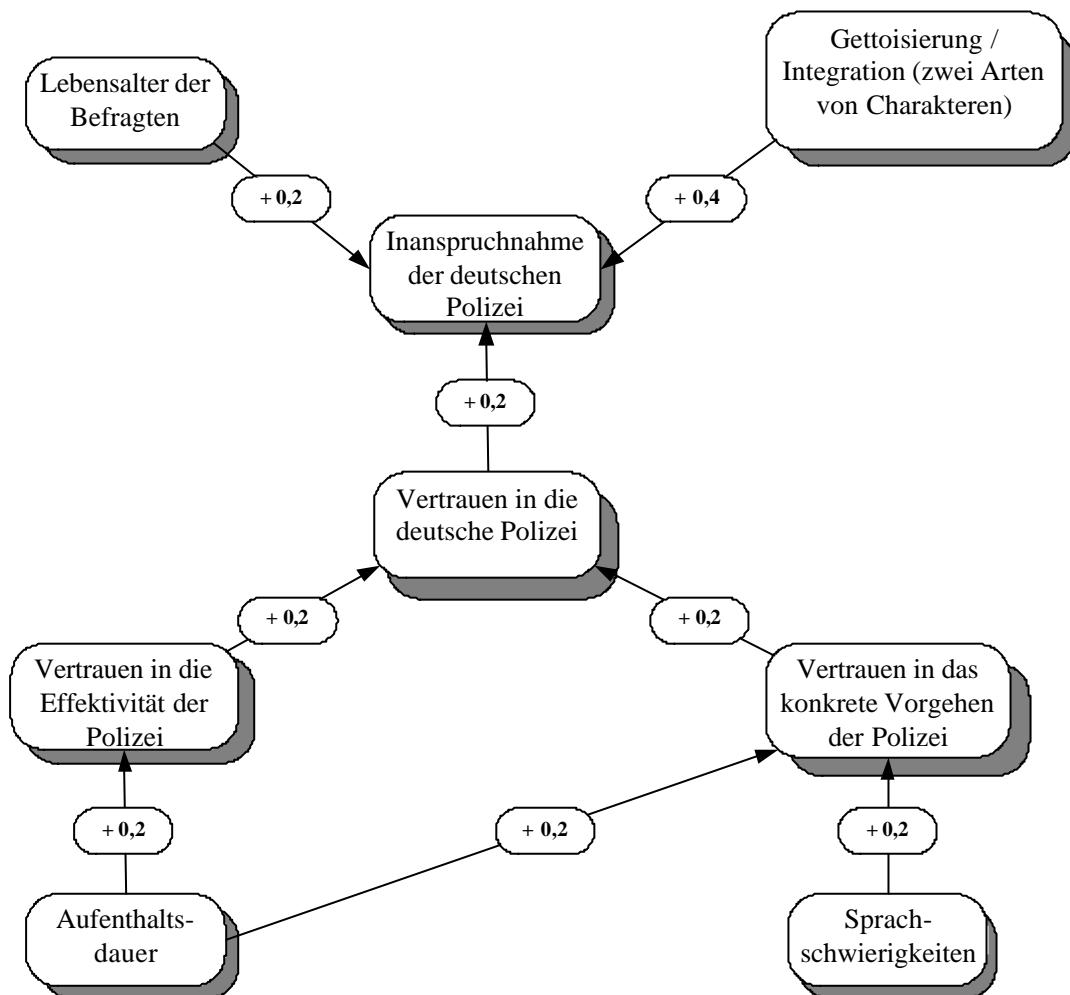
Damit offenbart sich einerseits die ausgeprägte Verschlossenheit der älteren Generation gegenüber staatlichen Institutionen, zumal diese Befragten am häufigsten berichten, Opfer von Gewaltdelikten geworden zu sein. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass mit höherem Lebensalter die Wahrscheinlichkeit steigt, im Laufe der Jahre in die Opferrolle zu geraten. Es kommt hinzu, dass die älteren Russlanddeutschen Jahrzehnte als diskriminierte Minderheit in einem autoritären System lebten, dass auf staatliche Repression setzte. Andererseits fällt die starke Ablehnung polizeilicher Inanspruchnahme der „erwachsenen“ Männer auf, die im Wesentlichen importiert ist.³⁶

³⁵ Das nicht kategorisierte Alter der Probanden erklärt mit einem Eta-Korrelationswert von über 0,2 die Zuhilfenahme der Polizei in Deutschland, in Bezug auf das Geschlecht besteht kein relevanter Zusammenhang.

³⁶ Die Bereitschaft zur Inanspruchnahme der Polizei beider Länder korreliert bei den über 25-jährigen Männern hoch signifikant mit 0,7.

Diese Zusammenhänge werden in Abbildung 6 dargestellt. Demnach beeinflusst das Vertrauen in die deutsche Polizei die Inanspruchnahme der Beamten. Das Vertrauen wird wiederum weitgehend durch die Gettoisierung bzw. Integration sowie das Lebensalter der Befragten bestimmt.

Abbildung 6: Einflüsse auf die Inanspruchnahme der deutschen Polizei



Präsenz = „ist da, wenn man sie braucht“ und „erscheint schnell, wenn man sie ruft“; Kompetenz: „kann das Gesetz durchsetzen“ und „kann leichte Vergehen aufklären“; Vorgehen: „handelt nicht willkürlich“ und „ist nicht brutal“

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass das bloße Vertrauen in die Aufklärung von Vergehen nicht zwangsläufig die Bereitschaft erhöht, bei Problemen die deutsche Polizei in Anspruch zu nehmen. So würden jeweils rund die Hälfte der Befragten, die der Meinung waren, die hiesigen Ordnungshüter könnten leichte bzw. schwere Delikte aufklären, diese nicht in Anspruch nehmen. Stattdessen praktizieren viele Befragte die informelle Lösung von Konflikten bzw. finden sich mit der Opferrolle ab (Tabelle 17).

Tabelle 17: Problemlösungsstrategien bei Vertrauen in die Aufklärungsarbeit und Ablehnung der Inanspruchnahme der hiesigen Polizei (Angaben in Prozent)

		stimme zu	stimme nicht zu	weiß nicht
eine Körperverletzung sollte man untereinander regeln	deutsche Polizei kann leichte Vergehen aufklären	39,3	42,6	18,0
	deutsche Polizei kann schwere Vergehen aufklären	48,7	38,5	12,8
eine Körperverletzung sollte man hinnehmen und nicht reagieren	deutsche Polizei kann leichte Vergehen aufklären	9,8	75,4	14,8
	deutsche Polizei kann schwere Vergehen aufklären	12,8	71,8	15,4
ein leichtes Vergehen sollte man untereinander regeln	deutsche Polizei kann leichte Vergehen aufklären	48,3	31,7	20,0
	deutsche Polizei kann schwere Vergehen aufklären	57,5	22,5	20,0
ein leichtes Vergehen sollte man hinnehmen und nicht reagieren	deutsche Polizei kann leichte Vergehen aufklären	18,3	63,3	18,3
	deutsche Polizei kann schwere Vergehen aufklären	20,0	60,0	20,0

Mehrfachnennungen möglich

Es wird deutlich, dass die Befragten, die die deutsche Polizei nicht in Anspruch nähmen, obwohl sie deren Arbeit als erfolgreich ansehen, Probleme eher selten hinnehmen, diese aber oftmals informell klären würden. Dabei stufen diese Probanden eine Körperverletzung offenbar nicht als ein leichtes Vergehen ein, da sie diese seltener hinnehmen würden.

Beim Umgang mit Gewalt sind geschlechtsspezifische Unterschiede nicht zu vernachlässigen. Erwartungsgemäß äußern Männer häufiger die Bereitschaft, Konflikte mittels Gewalt zu lösen (64,6% gegenüber 56,1% bei den Frauen). Erstaunlich war, dass der Wert der Männer nur geringfügig höher als der der Frauen ausfiel, was wahrscheinlich durch das unterschiedliche Gewaltverständnis der Geschlechter bedingt ist (Tabelle 18).

Tabelle 18: Gewaltverständnis nach Geschlecht

	weiblich	männlich	Cramers-V
Gewalt ist, jemanden mit einer Waffe zu bedrohen	49,0%	64,0%	0,152*
Gewalt ist, jemandem Schmerz zuzufügen	48,0%	61,8%	0,139 n.s.
Gewalt ist, jemanden zu etwas zu zwingen, was er nicht will (Nötigung)	61,2%	56,2%	- 0,051 n.s.
Gewalt ist, jemandem sein Eigentum wegzunehmen	19,4%	23,6%	0,051 n.s.
Gewalt ist, jemanden zu verletzen	35,7%	50,6%	0,150*
Gewalt ist, jemanden zu beleidigen	22,4%	25,8%	0,040 n.s.
Gewalt ist, jemanden anzuschreien	10,2%	13,5%	0,051 n.s.
Gewalt ist, jemanden absichtlich zu ignorieren	29,6%	21,3%	- 0,094 n.s.

Mehrfachnennungen möglich. Signifikanzniveau: ***($p=0,0001$); **($p=0,005$); *($p=0,05$); n.s. = nicht signifikant.

Die männlichen Befragten verstehen unter Gewalt in stärkerem Maße körperliche Übergriffe und Bedrohungen. Hingegen ist das weibliche Verständnis von Gewalt weiter gefasst und schließt häufiger psychische Gewalt und Nötigungen ein. Die weiblichen Probanden, die öfter in die Opferrolle gerieten,³⁷ nahmen Gewalt eher hin als die männlichen Befragten (Tabelle 19), sie würden außerdem auch häufiger die Polizei rufen als die Männer (siehe Tabelle 16). Es ist davon auszugehen, dass dies von der subjektiv empfundenen Schwere des Vergehens sowie von der persönlichen Beziehung zum Täter abhängt.

Tabelle 19: Problemlösungsstrategien nach Geschlecht (Angaben in Prozent)

		stimme zu	stimme nicht zu	weiß nicht
Eine Körperverletzung sollte man untereinander regeln.	weiblich	35,8	47,7	16,5
	männlich	50,0	30,4	19,6
Eine Körperverletzung sollte man hinnehmen und nicht reagieren.	weiblich	13,9	67,6	18,5
	männlich	7,9	74,3	17,8
Ein leichtes Vergehen sollte man untereinander regeln.	weiblich	33,3	42,6	24,1
	männlich	54,0	28,0	18,0
Ein leichtes Vergehen sollte man hinnehmen und nicht reagieren.	weiblich	12,5	54,8	32,7
	männlich	16,5	62,9	20,6

Mehrfachnennungen möglich

Fast doppelt so viele Frauen wie Männer würden eine Körperverletzung dulden, ohne zu reagieren. Hingegen tendieren gerade die Männer zur informellen Lösung von Streitigkeiten. Die Frauen sind in dieser Hinsicht zurückhaltender. Mit Blick auf leichte Vergehen sind sich die

³⁷ Rund drei Viertel der männlichen Befragten sammelten in der Vergangenheit keine Opfererfahrungen, dies berichten lediglich zwei Drittel der Frauen.

weiblichen Befragten weniger sicher, wie sie reagieren würden, also abhängig von der jeweiligen Situation.

Auf Grund der Ergebnisse wurden die Angaben der Frauen der beiden jüngeren Generationen (bis 49 Jahre) als potenzielle Opfer zur „sexuellen Belästigung“ untersucht. Dabei zeigte sich, dass knapp zwei Drittel dieser Frauen derartige Vergehen hinnehmen und die deutsche Polizei nicht rufen würden. Da dieses Verhalten vielfach importiert wird,³⁸ wurde untersucht, ob auch dies ein Wesensmerkmal der in Deutschland in Kolonien lebenden Russlanddeutschen ist. Tatsächlich bestand ein diesbezüglicher Zusammenhang.³⁹ 85,7% der getoisiert lebenden Frauen und lediglich 53,6% der außerhalb der Kolonien wohnenden Frauen würden sich im Falle sexueller Belästigung gegen die Hilfe der deutschen Polizei entscheiden. Diese Haltung ist neben einer allgemeinen Verschlossenheit auf ein geringes Selbstwertgefühl zurückzuführen, das bei den Frauen in den Kolonien offenbar stärker ausgeprägt ist (vgl. Grübl/Walter 1999: 368).

³⁸ Die Inanspruchnahme der Polizei bei sexuellen Übergriffen in den Herkunftsländern und in Deutschland korrelierte hoch signifikant auf einem Niveau von 0,6.

³⁹ Die Angaben zum Wohnumfeld und zur Inanspruchnahme der deutschen Polizei bei sexueller Belästigung korrelierten bei den unter 50-jährigen Frauen signifikant auf einem Niveau von 0,3.

3.4 Zusammenfassung

In der Untersuchung wurde am Beispiel Duisburgs ein Einblick in die komplexen wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Russlanddeutschen und der (deutschen) Polizei gegeben. Zu den wesentlichen Erkenntnissen zählt, dass Vertrauen in die deutsche Polizei zu deren Inanspruchnahme beiträgt. Zwar ändern sich mit der Aufenthaltsdauer die Ansprüche, die an die Polizei gestellt werden, letzten Endes ist jedoch der Respekt vor den Polizisten entscheidend. So respektieren die jungen Zuwanderer die Polizei in den ersten Jahren nach der Einreise gerade dann, wenn diese Stärke und Härte beweist; mit zunehmender Aufenthaltsdauer kommt es den jungen Russlanddeutschen hingegen immer mehr darauf an, dass sich die Beamten den Umständen entsprechend verhalten und da sind, wenn man sie braucht. Dabei führen Polizeikontakte in Deutschland dazu, dass die Jugendgeneration das Verhalten der Beamten an sich positiv beurteilt, häufige Personenkontrollen jedoch als willkürlich empfindet.

Neben der *Beurteilung* der Polizei spielt das *Lebensalter* eine bedeutende Rolle bei der Entscheidung über die Inanspruchnahme der deutschen Ordnungshüter. Es sind gerade junge Russlanddeutsche, die sich mit Problemen an die Beamten wenden würden. Die älteren Russlanddeutschen leiden offenbar unter enormen Ängsten vor der Polizei, was in erster Linie auf negativen Erfahrungen in den Herkunftsländern beruht. Eine weitere Ursache für die Ablehnung polizeilicher Hilfe sind die Wesenszüge einer bestimmten Gruppe von Russlanddeutschen. Diese Zuwanderer zeichnen sich dadurch aus, dass sie eher verschlossen sind und wenig am gesellschaftlichen Miteinander teilnehmen. Dies führt dazu, dass sie sich nach der Einreise in *Kolonien* zurückziehen, wo sie Halt unter „Gleichgesinnten“ suchen. Sie bringen sozusagen die Ablehnung polizeilicher Hilfe aus dem Herkunftsland mit, weshalb diese bei den Koloniebewohnern nicht ursächlich auf ein geringeres Vertrauen in die deutsche Polizei zurückzuführen ist. Zudem tragen Isolations- und Ablehnungserfahrungen, denen gerade die Getoisierten ausgesetzt sind, dazu bei, dass diese Menschen sich von der übrigen Gesellschaft stärker zurückgewiesen fühlen. Zum anderen verbreiten sich in den Kolonien Ressentiments gegenüber der deutschen Polizei, auch wenn nur ein Teil der dort Lebenden konkrete Erfahrungen mit der hiesigen Polizei hat.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich verschiedene *Handlungsvorschläge* für die Polizei ableiten. Dazu zählt eine gezielte „Aufklärung“ der Russlanddeutschen in Bezug auf die deutsche Polizei. Hier ist ein erheblicher Nachholbedarf festzustellen. So wäre beispielsweise den jungen Zuwanderern zu verdeutlichen, dass häufige Personenkontrollen keine Willkür der deutschen Beamten darstellen, sondern vielmehr zum üblichen Vorgehen zählen. Außerdem wären der Jugendgeneration im Rahmen transparenter Strukturen ihre Rechte, aber auch deren Grenzen aufzuzeigen. Für solche Maßnahmen böte sich das *Kommissariat Vorbeugung* an. Die Durchführung könnte bei den Neuankömmlingen in den Förderklassen der Schulen, bei den länger Ansässigen sowohl im Schulunterricht als auch in den von Russlanddeutschen häufig genutzten Jugendeinrichtungen erfolgen.

Neben Aufklärung ist für die jungen Russlanddeutschen die konsequente Anwendung der Regeln erforderlich. Das scheint für junge Menschen, die ihren Platz in der Gesellschaft suchen, unerlässlich zu sein. Deshalb ist es nicht nur für die Jugendgeneration, sondern auch für

die deutsche Polizei von großer Bedeutung, dass die hiesigen Ordnungshüter konsequent vorgehen. Nicht weniger wichtig ist, dass die Beamten keine eigenen Vorbehalte gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe zeigen und dass sie mit diesen Ängsten umgehen können. So ist in der Ausbildung sowie in der Weiterbildung der Beamten auf eine Sensibilisierung für ihr Gegenüber hin zu wirken (vgl. Schweer 1997: 50). Dazu zählt u.a. die Vermittlung von Erkenntnissen über das tatsächliche Ausmaß der (Gewalt-)Kriminalität jugendlicher Russlanddeutscher. Diese wären dem in den Medien gepflegten Bild der Zuwanderer entgegenzuhalten. Ferner könnten die Beamten darüber aufgeklärt werden, dass die abendländischen Gruppenbildungen junger Russlanddeutscher an öffentlichen Plätzen nicht zwangsläufig als Treffen devianter Cliques zu verstehen sind. Diese Ansammlungen bergen im Falle von Personenkontrollen eher selten ein Gefahrenpotenzial; oftmals wird der Argwohn, auf den die Beamten bei derartigen Kontrollen stoßen, lediglich dadurch ausgelöst, dass sich die Jugendlichen in ihrer Freizeit gestört und aus ihrer Sicht zu Unrecht verdächtigt fühlen.

Problematischer gestaltet sich der Kontakt zu den älteren und zu den in Kolonien lebenden Russlanddeutschen, da diese eine tendenziell negative Einstellung gegenüber der Polizei vertreten. Diesen Vorbehalten gilt es entgegenzuwirken, zumal sie in der Regel unbegründet sind und vielfach auf „irrationalen“ Gründen beruhen. So basiert der Argwohn oftmals auf importierten Erfahrungen sowie Erzählungen anderer Russlanddeutscher, die unreflektiert übernommen werden. Diese Irrtümer sollten den Betroffenen aufgezeigt werden, um darüber sowohl deren Vertrauen in die deutsche Polizei als auch die Bereitschaft zur Inanspruchnahme der Polizei zu wecken. Beide Gruppen von Russlanddeutschen zeichnen sich zwar durch Verschlossenheit und Ablehnung der Polizei aus, jedoch schließt dies nicht alle Lebenslagen ein, wodurch sich Anknüpfungspunkte bieten. So würde eine Verbesserung der Einschätzung der hiesigen Polizei möglicherweise auch zu deren Inanspruchnahme beitragen.

Um mit einer solchen Aufklärung einen größtmöglichen Anteil der Aussiedler zu erreichen, sind diese in verschiedenen *Settings* aufzusuchen. Dafür bieten sich im institutionellen Rahmen die Sprachkurse an, die beinahe alle älteren Zuwanderer nach der Einreise besuchen. Da gerade in den Kolonien das Vertrauen in die deutsche Polizei gering ist, erscheinen zudem Projekte vor Ort angebracht. Ferner bieten sich Treffpunkte der Russlanddeutschen wie die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zur „zwanglosen“ Begegnung an. Auch dafür wäre das Kommissariat Vorbeugung ein möglicher Adressat.

Darüber hinaus führen die Ergebnisse vor Augen, dass bloßes *Vertrauen* in die Ermittlungsarbeit kein ausreichender Grund ist, die deutsche Polizei in Anspruch zu nehmen. Zum Vertrauen in die Vorgehensweise der Beamten muss die *Bereitschaft* hinzukommen, andere Wege der Konfliktbewältigung anzunehmen, als sie in den Herkunftsländern üblich sind.⁴⁰ Wenn diese auch vor der Ausreise einen nötigen Selbstschutz darstellen, gehört es um so mehr zum Integrationsprozess, die deutsche Polizei als staatliche Instanz zum Schutz der Bürger anzunehmen.

Daneben ist gerade den russlanddeutschen Frauen zu vermitteln, dass die Inanspruchnahme der Polizei auch im Falle sexueller Übergriffe erfolgen sollte, und die Hinnahme eines sol-

⁴⁰ Zu diesen zählt speziell die informelle Regelung von Problemen sowie die Hinnahme von Vergehen.

chen Vergehens keine Alternative ist. Um jedoch die Bereitschaft zum Handeln zu fördern, sind der Emanzipationsgedanke und das Selbstbewusstsein der Frauen zu stärken. Und das nicht obwohl, sondern gerade weil die Frauen in Deutschland häufiger als die Männer arbeitslos werden und eher in die traditionelle „Hausfrauenrolle“ gedrängt werden. Außerdem sollten den Frauen Kurse zur Selbstverteidigung angeboten werden. Dafür könnten sowohl die Schulen als auch die Sprachkurse einen Rahmen sowie Räume bieten.

Da die Männer die interne Regelung von Konflikten favorisieren, gilt es, in diesem Punkt auf sie einzuwirken – speziell vor dem Hintergrund, dass den Männern häufiger als den Frauen Gewalt als probates Mittel der Konfliktbewältigung erscheint. Die Bereitschaft, die deutsche Polizei in Anspruch zu nehmen, wird den Männern sicher nicht „über Nacht“ zu vermitteln sein. Deshalb wäre es ein erster Schritt, die russlanddeutschen Männer dazu zu bringen, Gewalt stärker in Frage zu stellen und stattdessen gewaltlose Wege im Umgang mit Konflikten zu wählen. Sie müssen lernen, mit ihren Aggressionen umzugehen. Die jungen Russlanddeutschen könnten solche Maßnahmen sowohl in der Schule als auch in Jugendtreffs erreichen. Letztere bieten den Vorteil, dass die männlichen Zuwanderer dort in der Regel „unter sich“ sind. Sonst könnte es in der Anfangsphase eines solchen Programms zu Vorbehalten kommen. Dies wäre in der Schule zu befürchten, wenn sich die jungen Zuwanderer in ihre Klasse nicht integriert fühlen, worunter wiederum ihre Bereitschaft zur Teilnahme leiden würde. Die „erwachsenen“ Männer wären in den Sprachkursen „anzusprechen“. Dabei ist darauf zu achten, ob sie sich u.U. von anwesenden Frauen gestört fühlen. So sind es speziell ältere Männer aus den Herkunftsländern gewohnt, auf Grund ihres traditionellen Rollenverständnisses als Oberhaupt der Familie nicht in Frage gestellt zu werden. Deshalb könnten gerade hier die Anregungen zur Reflexion des eigenen Handelns in Anwesenheit von Frauen als „Gesichtsverlust“ empfunden werden.

Bei diesen Maßnahmen für die weiblichen und männlichen Russlanddeutschen wäre es von Nutzen, auf Sozialarbeiter und -pädagogen mit russischen Sprachkenntnissen zurückzugreifen. Diese hätten es leichter, als Mittler zwischen den „Welten“ aufzutreten, und sie könnten ggf. als positives Beispiel der Integration dienen (vgl. Walter 2002: 193ff.).

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der vorliegenden Studie um eine regionale Untersuchung handelt, deren Ergebnisse nicht zwangsläufig auf andere Städte übertragbar sind. Sie können allerdings als Anhalts- sowie Ausgangspunkte weiterer Forschung dienen. Denn nur über Vergleiche lassen sich Erkenntnisse vertiefen und erweitern und vor allem offene Fragen klären und praktische Maßnahmen auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen.

Ferner ist die Heterogenität der russlanddeutschen Bevölkerung zu beachten, die sich nicht nur hinsichtlich des Alters und Geschlechts, sondern auch der Herkunftsländer und Wesenszüge unterscheidet. Deshalb sollten bei allen Maßnahmen diese Gegensätze berücksichtigt werden.

4. Fazit

Obwohl den Aussiedlern in den letzten Jahren sowohl seitens der Politik als auch der Forschung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde, bleibt ein weites Feld ungelöster Probleme in der Praxis sowie unbeantworteter Fragen in der Wissenschaft.

Deshalb müssen neben den bereits ansässigen Aussiedlern verstärkt die Neuankömmlinge ins Blickfeld gerückt werden. Denn der Zuzug wird in den kommenden Jahren nicht abreißen, sondern aller Voraussicht nach stabil bleiben, zumal in der ehemaligen Sowjetunion noch immer mehrere Hunderttausend potenzielle Aussiedler leben. Die Herausforderung ist jedoch nicht allein in deren Anzahl zu sehen, sondern auch darin, dass sich deren „Struktur“ verändert. Zum einen sinkt das Durchschnittsalter der Zuwanderer,⁴¹ zum anderen ist davon auszugehen, dass eine Ausreiseentscheidung auf Grund einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in diesen Ländern immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Aus diesem Grund werden vermehrt Russlanddeutsche ausreisen, die in ihren Herkunftsländern ökonomisch integriert sind. Diesen wird es schwerer als den übrigen Zuwanderern fallen, die Erfahrungen in Deutschland zu verarbeiten, denn sie lassen bei der Ausreise mehr zurück und spüren deshalb nach der Ankunft einen größeren Verlust.

Wird Integration jedoch auch weiterhin als das Ergebnis vereinzelter Maßnahmen verstanden und nicht als Prozess, an dem sowohl die in- und ausländischen Bürger als auch die Institutionen und Vereine der Stadt zu beteiligen sind, werden auch künftig nur sporadisch Erfolge zu verzeichnen sein. Bleibt zudem der Irrtum bestehen, dass eine Förderung in einzelnen Lebensbereichen genüge und nicht Bestandteil umfassender Konzepte zu sein habe, wird obendrein auf eine wechselseitige Ergänzung der einzelnen Programme verzichtet.⁴²

Gleichzeitig sind die in Deutschland bereits ansässigen Russlanddeutschen nicht außer acht zu lassen. Dies gilt nicht nur, weil sie sich in der Mehrzahl befinden, sondern auch, weil gerade bei diesen (jungen) Russlanddeutschen die Integrationsbereitschaft vielfach der Resignation gewichen ist (vgl. Zdun 2001: 65). Mag es auch mit enormen Aufwand verbunden sein, an diese „heranzukommen“ und sie auf ein Neues für das Miteinander zu begeistern, ist es dennoch erforderlich, die Versäumnisse der Vergangenheit zu beheben. Andernfalls ist zu erwarten, dass die Kolonien wachsen sowie die Ablehnung der deutschen Polizei zunimmt und Konflikte eher informell gelöst werden. Mit anderen Worten, die hiesige Polizei würde im Bedarfsfall selten bis gar nicht in Anspruch genommen.

Die Ergebnisse geben jedoch auch Anlass zur Hoffnung. Denn die Integration in den Herkunftsländern wirkt sich positiv auf das Vertrauen und die Bereitschaft zur Inanspruchnahme der deutschen Polizei aus. Da künftig voraussichtlich vermehrt die in den Herkunftsregionen integrierten Russlanddeutschen ausreisen werden, besteht Grund zu der Annahme, dass sich dies positiv auf die Einstellung gegenüber der hiesigen Polizei und deren Zuhilfenahme auswirkt. Diese positive Einstellung gilt es zu nutzen. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr

⁴¹ Die Russlanddeutschen, die sich im Rentenalter befinden und die Bereitschaft zur Aussiedlung zeigen, sind mittlerweile größtenteils in Deutschland. Gleichzeitig hat der Anteil der mitreisenden Familienangehörigen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen (vgl. Fricke 1999: 31).

⁴² Auf die Bedeutung eines ganzheitlichen Integrationsansatzes verweisen auch Weitekamp et al. (2002: 42ff.).

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

der Resignation - mit der Folge, dass die positive Einstellung gegenüber der deutschen Polizei und Gesellschaft zunehmend der Ablehnung weicht.

Literaturverzeichnis

Bodenburg, Winfried (1999): Die besondere Lebenssituation von jungen Aussiedlerinnen und Aussiedlern. Eine Betrachtung aus polizeilicher Sicht, in: DVJJ-Journal, Jg. 10, H. 1, S. 73-74.

Bosch, Anton und Josef Lingor (1990): Entstehung, Entwicklung und Auflösung der deutschen Kolonien am Schwarzen Meer. Am Beispiel von Kandel von 1808 bis 1944, Stuttgart: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Dietz, Barbara (1996): Rückwanderung in eine fremde Gesellschaft. Zur sozialen Integration russlanddeutscher Aussiedler in die Bundesrepublik, in: Ines Graudenz und Regina Römhild (Hrsg.), Forschungsfeld Aussiedler. Ansichten aus Deutschland, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, S. 123-137.

Dietz, Barbara (2001): Zum Lebenskontext jugendlicher Aussiedler/innen – Youth at Risk?, in: Niedersächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren (Hrsg.), Sucht und Migration. Suchtgefährdung und Suchthilfekonzepte für junge Drogenkonsumierende aus Osteuropa. Dokumentation der Jahresfachtagung vom 21. November 2001, Hannover: S. 31-43.

Dietz, Barbara und Heike Roll (1998): Jugendliche Aussiedler. Porträt einer Zuwanderergeneration, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Fricke, Peter (1998): „Integriert oder desintegriert?“. Berufliche, schulische und sprachliche Situation jugendlicher Spätaussiedler, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik (Hrsg.), Deutsch sein und doch fremd sein. Lebenssituation und -perspektiven jugendlicher Aussiedler. Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 26. März 1998 in Bonn. URL: <http://www.fes.de> (Stand: 29.01.2003), S. 31-41.

Frisby, Tanya (1998): The Rise of Organised Crime in Russia. Its Roots and Social Significance, in: Europe-Asia Studies, Jg. 50, H. 1, S. 27-49.

Giest-Warsewa, Rudolf (1998a): Junge Spätaussiedler. Ihre Lebenswelt und ihre Sichtweisen, in: DVJJ-Journal, Jg. 9, H. 4, S. 356-361.

Giest-Warsewa, Rudolf (1998b): Junge Aussiedler. Problemlagen in der BRD und Sozialisationserfahrungen in der GUS, in: Dietmar Czycholl (Hrsg.), Sucht und Migration. Spezifische Probleme in der psychosozialen Versorgung suchtkranker und –gefährdeter Migranten, Hb-henrodter Schriften, Bd. 1, Berlin: Verlag für Wissenschaft und Bildung, S. 74-90.

Grübl, Günter und Joachim Walter (1999): „Russlanddeutsche“ im Jugendstrafvollzug, in: Bewährungshilfe, Jg. 46, H. 4, S. 360-374.

Grundies, Volker (2000): Kriminalitätsbelastung junger Aussiedler. Ein Längsschnittvergleich mit in Deutschland geborenen jungen Menschen anhand polizeilicher Registrierungen, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Jg. 83, H. 5, S. 290-305.

Häußermann, Hartmut (2000): Aufwachsen im Ghetto?, in: Diskurs. Studien zu Kindheit, Jugend, Familie und Gesellschaft, Jg. 10, H. 1, S. 75-81.

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

Hecker, Hans (1994): Die Deutschen im Russischen Reich, in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. In: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hrsg.), Historische Landeskunde. Deutsche Geschichte im Osten. Bd. 2, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hrsg.) (1997): Volk auf dem Weg. Deutsche in Russland und in der GUS 1763-1997, 5. Aufl., Stuttgart: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Luff, Johannes (2000): Kriminalität von Aussiedlern. Polizeiliche Registrierungen als Hinweis auf misslungene Integration? URL: <http://www.polizei.bayern.de/blka/> (Stand: 10.02.2003).

Luff, Johannes (2002): Kriminalität von Aussiedlern. Fortschreibung für das Jahr 2001 (unveröffentlichtes Dokument).

Nemigorskij, Walentin Gennadewitsch und Andrej Anatoljewitsch Gladtschenko (1997): Sozialpolitische Orientierungen der sibirischen Jugend, in: aktuelle ostinformationen. Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 29, H. 3 und 4, S. 39-45.

Otto, Manfred und Kristina Pawlik-Mierzwa (2001): Kriminalität und Subkultur inhaftierter Aussiedler, in: DVJJ-Journal, Jg. 12, H. 2, S. 124-132.

Pfeiffer, Christian und Peter Wetzels (1999): Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland. Ein Thesenpapier auf Basis aktueller Forschungsbefunde, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 49, H. 26, S. 3-22.

Reich, Kerstin; Elmar G. M. Weitekamp und Hans-Jürgen Kerner (1999): Jugendliche Aussiedler. Probleme und Chancen im Integrationsprozess, in: Bewährungshilfe, Jg. 46, H. 4, S. 335-359.

Sasse, Georg (1999): Integrationsprobleme junger Aussiedler. Eine höchst aktuelle gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in: Kriminalistik, Jg. 53, H. 4, S. 225-231.

Schmitt, Bettina (2000): Ethnische Identität und gesellschaftliche Integrationsprobleme im Wandel der Zeit. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland, in: Deutsche Studien, Jg. 37, H. 3 und 4, S. 281-297.

Schweer, Martin K. W. (1997): Die Polizei. Dein Freund und Helfer!? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Vertrauen von Jugendlichen in die Polizei, in: Kriminalpädagogische Praxis, Jg. 25, H. 37, S. 45-51.

Shlapentokh, Vladimir (1999): A multi-layered society in contemporary Russia. Criminals and oligarchies as its major actors, in: Research in the Sociology of Work, Jg. 19, H. 8, S. 93-115.

Strasser, Hermann und Steffen Zdun (2003): Ehrenwerte Männer: Jugendliche Russlanddeutsche und die deutsche Polizei, in: DVJJ-Journal, Jg. 14, H. 3 (in Druck).

Strobl, Rainer; Wolfgang Kühnel und Wilhelm Heitmeyer (1999): Junge Aussiedler zwischen Assimilation und Marginalität. Abschlussbericht (Kurzfassung), Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

Volkov, Vadim (2000): Gewaltunternehmer im postkommunistischen Russland, in: Leviathan, Jg. 28, H. 2, S. 173-191.

Walter, Joachim (1998): Die Situation junger Aussiedler, in: Neue Kriminalpolitik, Jg. 10, H. 4, S. 5-7.

Walter, Joachim (2002): Junge Aussiedler im Jugendstrafvollzug: Erfahrungen, Probleme, Lösungsansätze, in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.), Die mitgenommene Generation. Aussiedlerjugendliche - eine pädagogische Herausforderung für die Kriminalprävention, München: Deutsches Jugendinstitut, S. 174-202.

Walter, Joachim und Günter Grübl (1999): Junge Aussiedler im Jugendstrafvollzug, in: Bade, Klaus J. und Jochen Oltmer (Hrsg.), Aussiedler. Deutsche Einwanderer aus Osteuropa. IMIS-Schriften Bd. 8, Osnabrück: Universitätsverlag Osnabrück, S. 177-189.

Weitekamp, Elmar G. M.; Kerstin Reich und Klaus Bott (2002): Deutschland als neue Heimat? Jugendliche Aussiedler in Deutschland zwischen Veränderung und Verweigerung, in: neue praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Jg. 32, H. 1, S. 33-52.

Wohlfahrtsverbände Duisburg (2001): Bericht der Verbände zum Wohnungsnotfallplan. Jahresbericht 2000, Duisburg.

Zdun, Steffen (2001): Zum Vertrauen russlanddeutscher Aussiedler in die Duisburger Polizei. Diplomarbeit an der Universität Duisburg, Duisburg.

Zdun, Steffen (2003): Drogenkonsum jugendlicher Russlanddeutscher. Einflüsse des Umfeldes in den Herkunftsländern und in Deutschland. Eine Untersuchung in Frankfurt am Main (in Vorbereitung).

Fragebogen zum Wohlbefinden in Deutschland und zur
Einstellung gegenüber der Polizei

Von wem ist die Befragung?

Mein Name ist Steffen Zdun und ich bin Student an der Universität Duisburg-Essen. Diese Befragung findet im Rahmen meiner Abschlussarbeit statt.

Wozu ist diese Befragung?

- Die Umstellung zwischen dem Leben in der ehemaligen Sowjetunion und dem in Deutschland erfolgt nicht immer ohne Probleme. Bei der einheimischen Bevölkerung und den staatlichen Einrichtungen ist das Wissen darüber aber nur gering. Das kann dazu führen, dass man einander nicht richtig versteht.
- Um die Verhältnisse verbessern zu können, ist es nötig, mehr darüber zu erfahren. Hier soll auf das Wohlbefinden in Deutschland und die Meinung zur Polizei eingegangen werden. Beim Wohlbefinden geht es um allgemeine Themen zur Zufriedenheit mit der aktuellen Situation. Bei der Meinung zur Polizei geht es um die Zufriedenheit mit deren Arbeit und Verhalten. Zu beiden Punkten gibt es die Möglichkeit, Vorschläge zu machen, was zu ändern ist.
- Dieses Wissen soll anschließend veröffentlicht und an Einrichtungen weitergegeben werden. Das dient dazu, Unwissen abzubauen und neue Wege für das Zusammenleben zu eröffnen.
- Damit dies möglich wird, soll diese Erhebung Anhaltspunkte über Mängel bringen. Dafür ist aber das Wissen von Experten wichtig. Einer dieser Experten sind Sie! Denn nur durch Ihr Wissen und Ihre Meinung kann dies möglich werden! Deshalb möchte ich Sie bitten, mitzumachen.

Bitte beachten Sie folgende Informationen zur Beantwortung:

- Diese Befragung ist anonym. Niemand erfährt Ihren Namen. Niemand wird wissen, wer welche Antworten gegeben hat.
- Bitte antworten Sie alleine und in Ruhe. Wie zuvor erwähnt, geht es um Ihr Wissen und Ihre Meinung.
- Wenn es bei Fragen möglich ist, mehrere Kreuze zu machen, dann ist dies erwähnt.
- Ist der Fragebogen beantwortet, dann stecken Sie diesen bitte in den Umschlag.
- Kleben Sie den Umschlag bitte noch zu, damit ihn kein anderer mehr öffnet.
- Auf diesen schreiben Sie keine Angaben zu Ihrer Person.

1. Wie alt sind Sie?

Alter: _____ Jahre

2. Welches Geschlecht haben Sie?

- weiblich männlich

3. Welches ist Ihr Herkunftsland?

- Russland
 Kasachstan
 Ukraine
 sonstiges: _____

4. Wie lange leben Sie in der Bundesrepublik Deutschland?

_____ Jahr(e)

5. Welcher ist Ihr Familienstand?

- ledig
 verheiratet
 geschieden
 verwitwet
 getrennt lebend
 in Partnerschaft lebend

6. Mit wie vielen Personen wohnen Sie zusammen?

Person(en)

7. Mit wem wohnen Sie zusammen?

(mehrere Antworten sind möglich)

- Eltern
 Großeltern
 Geschwister
 Ehe-(Partner/in)
 Eigene Familie
 Freund/in
 Onkel und / oder Tante
 Cousin und / oder Cousine
 wohne alleine
 sonstige: _____

8.1 Haben Sie Kinder?

- ja nein

8.2 Wenn ja, wie viele?

_____ Kind(er)

9. Welchen Schulabschluss haben Sie oder wollen Sie erreichen?

- Grundschule
 Hauptschule
 Mittlere Reife bzw. Mittelschule
 Abitur
 beruflich-technische Schule (PTU)
 Hochschule
 keinen
 sonstigen: _____

10. Womit waren Sie vor der Abreise hauptsächlich beschäftigt?

- Schule
 Studium
 Berufsausbildung
 Beruf
 Land- oder Forstwirtschaft
 Industrie oder Handwerk
 Technische Berufe
 Dienstleistungsbereich
 Haushalt
 Militär
 war arbeitslos
 sonstiges: _____

11. Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus?

12. Wenn Sie berufstätig sind. Wie beurteilen Sie Ihren jetzigen Job im Vergleich zu dem im Herkunftsland?

- liegt unter meiner Qualifikation
 entspricht meiner Qualifikation
 liegt über meiner Qualifikation
 habe dort noch nicht gearbeitet

13. Wie sehr haben Sie an dem Entschluss auszureisen mitgewirkt?

- Habe mitentschieden
- Habe den Entschluss sehr unterstützt
- Habe selbst/allein entschieden
- Hatte keine wesentliche Rolle daran
- Wollte nicht ausreisen
- Wurde nicht gefragt
- sonstiges: _____

14. Was waren die wesentlichen Gründe für Ihre Ausreise?

(bis zu zwei Nennungen möglich)

- Familienzusammenführung
- Wunsch materieller Besserstellung
- Wunsch nach deutschem Umfeld
- Rückkehr ins Abstammungsland
- nationale / ethnische Konflikte
- sonstiges: _____

15. Würden Sie sagen, dass sich Ihre Erwartungen vor der Ausreise an Deutschland erfüllt haben?

- sehr stark
- stark
- teilweise
- wenig
- sehr wenig

16. Was hätten Sie sich anders vorgestellt?

17.1 Haben Sie in Deutschland einen Sprachkurs besucht?

- ja
- nein

17.2 Wenn ja, wie lange?

_____ Monat(e)

18. Wie würden Sie Ihre Sprachkenntnisse einschätzen?

- ich kann Deutsch verstehen, aber nicht so gut sprechen und schreiben
- ich kann kein Deutsch
- ich kann Deutsch relativ gut verstehen, sprechen und schreiben
- ich kann Deutsch fließend

19.1 Welche Sprache sprechen Sie meist in der Familie?

- Deutsch
- Russisch
- sonstige

19.2 Im Freundeskreis?

- Deutsch
- Russisch
- sonstige

20. Wie verbringen Sie meistens Ihre Freizeit?

(bis zu drei Nennungen möglich)

- mit Freunden und Bekannten
- mit der Familie
- Musik hören
- Fernsehen
- Ausgehen (Lokal, Kino, Tanz etc.)
- Spazieren
- Lesen
- Sport treiben
- Trinken gehen
- alleine
- sonstiges: _____

21. Zu welcher Gruppe gehört Ihr Freundeskreis überwiegend?

- Aussiedler
- Einheimische Deutsche
- Ausländer
- Aussiedler und Einheimische
- gemischt
- sonstige: _____

22. Wünschen Sie sich mehr Kontakte zu Einheimischen?

- ja
- nein
- weiß nicht

23. Wie fühlen Sie sich in Deutschland?	häufig	manchmal	selten	nie
als Gleicher unter Gleichen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
aufgenommen und wohl	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ausgegrenzt und isoliert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nicht verstanden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erfolgreich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Frei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sicher	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unsicher	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Überfordert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
einsam und alleine	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Wo haben Sie meist Kontakt zu Einheimischen?

(bis zu drei Nennungen möglich)

- bei der Arbeit / in der Schule
- in der Freizeit
- beim Sport
- in Vereinen
- beim Einkauf
- beim Ausgehen
- in der Nachbarschaft
- habe keinen Kontakt
- sonstiges: _____

27. Was verstehen Sie unter Gewalt?

(mehrere Antworten sind möglich)

- jemanden mit einer Waffe bedrohen
- jemandem Schmerz zufügen
- jemanden zu etwas zwingen, das er oder sie nicht will
- jemandem sein Eigentum wegnehmen
- jemanden verletzen
- jemanden beleidigen
- jemanden anschreien
- jemanden absichtlich zu ignorieren

25. Mit wem sprechen Sie, wenn Sie Probleme haben?

(mehrere Antworten sind möglich)

- Eltern
- Geschwister
- Partner/in
- Kinder
- Freunden
- mit niemandem
- mit anderen

26. Glauben Sie, dass es persönliche Konflikte gibt, die mit Gewalt zu lösen sind?

- ja
 - zur Verteidigung
 - bei einer Beleidigung
 - familiäre Konflikte
 - sonstiges: _____
- nein
- weiß nicht

28.1 Fühlten Sie sich jemals selbst als Opfer von Gewalt?

- ja nein weiß nicht

28.2 Um welche Art von Gewalt handelte es sich dabei?

29. Wie verhalten Sie sich, wenn Sie sich ärgern oder Probleme haben?

(mehrere Antworten sind möglich)

- ich spreche darüber mit meiner Familie oder Freunden
- ich mache Sport oder spaziere
- ich höre Musik oder sehe Fernsehen
- ich reagiere mich an anderen Personen oder Gegenständen ab
- ich will allein sein
- ich esse Süßigkeiten
- ich rauche
- ich trinke Alkohol

30. Wie schätzen Sie bei den Einheimischen folgende Punkte im Vergleich zu sich selbst ein?

	stärker	gleich	geringer
Einstellung zu Autorität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gemeinschaftssinn	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konsumdenken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erziehung durch die Lehrer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erziehung durch die Familien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gleichberechtigung der Geschlechter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hilfsbereitschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wunsch nach Individualität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Traditionspflege	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
moralisches Denken und Handeln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Welche Probleme gibt es im Kontakt mit Einheimischen?

(mehrere Antworten sind möglich)

- Schwierigkeiten mit der Sprache
- Ablehnung der Einheimischen
- kulturelle Unterschiede
- Intoleranz der Einheimischen
- verschiedene Einstellungen
- Abgrenzung durch den eigenen Wohnort
- eigene Kultur soll aufgegeben werden
- Aussiedler werden für viele Probleme verantwortlich gemacht
- es gibt keine Probleme
- habe keinen Kontakt zu Einheimischen

32. Wo wohnen die meisten Ihrer Verwandten und Freunde, die nicht auch mit in Ihrer Wohnung leben?

(Bitte nur eine Antwort geben!)

- im gleichen Haus
- in der Nachbarschaft / in der gleichen Straße
- im gleichen Stadtteil
- in der gleichen Stadt
- in einer anderen Stadt in Nordrhein-Westfalen
- in einer anderen Stadt in Deutschland
- in der Russischen Föderation
- in Kasachstan
- in einem anderen Land

33. Was sollten die Einheimischen an ihrem Verhalten ändern?

34. Was sollten die Aussiedler an ihrem Verhalten ändern?

35. Wie beurteilen Sie das Vorgehen der Polizei in Ihrem Herkunftsland?

	häufig	manchmal	selten	nie
ist da, wenn man sie braucht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
handelt willkürlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geht bei leichten Vergehen übertrieben vor	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
handelt gerecht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ist korrupt / bestechlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
erscheint schnell, wenn man sie ruft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bringt mehr Probleme als Nutzen und Hilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ist brutal	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Wie beurteilen Sie den Erfolg der Polizei in Ihrem Herkunftsland?

	häufig	manchmal	selten	nie
kann das Gesetz durchsetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kann leichte Vergehen aufklären	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kann schwere Vergehen aufklären	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
hat keine Macht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Hatten Sie selbst in Ihrem Herkunftsland Kontakt mit der Polizei?

- ja
 - einmal
 - zwei- oder dreimal
 - mehrmals
- nein

38. Würden Sie als Opfer die Polizei in Ihrem Herkunftsland in Anspruch nehmen, wenn Sie noch dort leben würden?

(mehrere Antworten sind möglich)

- ja
 - bei einer Schlägerei
 - bei Körperverletzung
 - bei Diebstahl
 - bei Bedrohung
 - bei Erpressung
 - bei sexueller Belästigung
 - bei sonstigem: _____
- nein

39. Haben Sie als Opfer jemals die Polizei in Ihrem Herkunftsland in Anspruch genommen?

(mehrere Antworten sind möglich)

- ja
 - bei einer Schlägerei
 - bei Körperverletzung
 - bei Diebstahl
 - bei Bedrohung
 - bei Erpressung
 - bei sexueller Belästigung
 - bei sonstigem: _____
- nein

40. Bei Körperverletzung sollte das Problem untereinander geregelt werden!

- stimme zu
- stimme nicht zu
- weiß nicht

41. Eine Körperverletzung sollte man hinnehmen und nicht reagieren!

- stimme zu
- stimme nicht zu
- weiß nicht

42. Bei leichten Vergehen sollte das Problem untereinander geregelt werden!

- stimme zu
- stimme nicht zu
- weiß nicht

43. Leichte Vergehen sollte man hinnehmen und nicht reagieren!

- stimme zu
- stimme nicht zu
- weiß nicht

44. Wie beurteilen Sie das Vorgehen der Polizei in Deutschland?

	häufig	manchmal	selten	nie
ist da, wenn man sie braucht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
handelt willkürlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geht bei leichten Vergehen übertrieben vor	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
handelt gerecht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ist korrupt / bestechlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
erscheint schnell, wenn man sie ruft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bringt mehr Probleme als Nutzen und Hilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ist brutal	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Wie beurteilen Sie den Erfolg der Polizei in Deutschland?

	häufig	manchmal	selten	nie
kann das Gesetz durchsetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kann leichte Vergehen aufklären	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kann schwere Vergehen aufklären	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
hat keine Macht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Hatten Sie selbst in Deutschland bisher Kontakt mit der Polizei?

- ja
 - einmal
 - zwei- oder dreimal
 - mehrmals
- nein

47. Würden Sie als Opfer die Polizei in Deutschland in Anspruch nehmen?

(mehrere Antworten sind möglich)

- ja
 - bei einer Schlägerei
 - bei Körperverletzung
 - bei Diebstahl
 - bei Bedrohung
 - bei Erpressung
 - bei sexueller Belästigung
 - bei sonstigem: _____
- nein

48. Haben Sie als Opfer die Polizei in Deutschland jemals in Anspruch genommen?

(mehrere Antworten sind möglich)

- ja
 - bei einer Schlägerei
 - bei Körperverletzung
 - bei Diebstahl
 - bei Bedrohung
 - bei Erpressung
 - bei sexueller Belästigung
 - bei sonstigem: _____
- nein

49. Was sollte die Polizei ändern?

Vielen Dank für Ihre Hilfe!

Zitierte Gesetzestexte

BVFG Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz

GG Grundgesetz

Bisher sind in der Reihe „Duisburger Beiträge“ erschienen:

[Bitte beachten Sie: Ab No. 1/1999 sind alle Beiträge unter
<http://soziologie.uni-duisburg.de/dbsf.htm> abrufbar]

- No. 1/1988 Zum Anspruch einer evolutionsbiologischen Fundierung der Moral.
Fritz Rudolph
- No. 2/1988 Morale Institutionen und die Ordnung des Handelns in der Gesellschaft.
Die "utilitaristische" Theorietradition und die Durkheimsche Herausforderung.
Hans J. Hummell
- No. 3/1988 Selbstreferentielle Technologiepolitik. Theoretische und thematische Grundlagen der Wirtschaftsbezogenen F & T - Politik.
Dieter Urban
- No. 4/1988 Berufseinmündung, Berufssituation und soziale Lage Duisburger Diplom-Sozialwissenschaftler/innen. Erste Ergebnisse einer empirischen Erhebung.
Dieter W. Emmerling
- No. 5/1988 Negative Dialektik - oder: Das "andere Genus des Denkens".
Helga Gripp-Hagelstange
- No. 1/1989 Entscheidungsprozesse im Studium: Weiterstudieren oder Aufgeben?
Christoph Rülcker, Adelheid Berger, Dieter Emmerling
- No. 2/1989 Lokale Handlungsebene und Jugendarbeitslosigkeit. Ein Forschungsbeitrag zur wohlfahrtsstaatlichen Dezentralisierungsdebatte. Ergebniszusammenfassung.
Jürgen Krüger, Manfred Pojana, Roland Richter
- No. 3/1989 Binäre LOGIT-Analyse: ein statistisches Verfahren zur Bestimmung der Abhängigkeitsstruktur qualitativer Variablen.
Dieter Urban
- No. 4/1989 Niklas Luhmann - oder: Was ist ein "differenztheoretischer" Ansatz?
Helga Gripp-Hagelstange

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 5/1989 Die Rationalität irrationalen Handelns. Kollektive Formen politischer Partizipation als Ergebnis individueller Entscheidungsprozesse. Eine empirische Analyse.
Dieter Urban
- No. 1/1990 Adorno und Derrida - oder: Der Versuch einer "Dekonstruktion" der Metaphysik.
Helga Gripp-Hagelstange
- No. 2/1990 "Arbeit statt Sozialhilfe" - Empirische Evaluation eines Beschäftigungsprogramms für arbeitslose Sozialhilfeempfänger.
Thomas Bruns u. Irene Pawellek
- No. 3/1990 Jugendarbeitslosigkeit und lokale Legitimationsprobleme.
Jürgen Krüger
- No. 4/1990 Zu System und Problematik legal-bürokratischer Herrschaft in der klassischen Organisationstheorie.
Wolfgang Holler
- No. 5/1990 Die kognitive Struktur von Umweltbewußtsein.
Ein kausalanalytischer Modelltest.
Dieter Urban
- No. 1/1991 Zeitgemäßes Campaigning in der Bundesrepublik Deutschland:
Empirische und evaluative Hinweise zum Swing-Index, einem neuen Instrument des "micro targeting".
Sigurd Matz
- No. 2/1991 Stichworte zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates.
Jürgen Krüger.
- No. 3/1991 Kokain: Zur gesellschaftlichen Karriere einer Droge.
Thomas Schweer und Hermann Strasser.

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 4/1991 Der „reale Sozialismus“ und sein Niedergang basieren auf dem Marx'schen „Ausbeutungs“-Irrtum. Sozialstaatlicher Volkskapitalismus statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.
Dieter Holtmann.
- No. 5/1991 The Distribution of Income in Modern Japan: An Examination of the Structural Determinants of Relative Equality.
Harold R. Kerbo.
- No. 1/1992 Diplomabschlüsse im integrierten Studiengang Sozialwissenschaften an der Universität-GH-Duisburg. Eine empirische Analyse der erfolgreich absolvierten Diplomprüfungen im Zeitraum 1977 - 1990.
Holger Meinken.
- No. 2/1992 Narzißmus, soziale Einbindung und Suizid. Eine vergleichende Analyse des Suizidgeschehens in Kempten (Allgäu) und seines ländlichen Umfelds im Lichte soziologischer und psychologischer Theorie.
Heidi Hlawatschek.
- No. 3/1992 Die parlamentarische Willensbildung in portugiesischen Gemeinden.
Wolfgang Holler, Marcelino Passos
- No. 4/1992 Techniken der Attributdatenanalyse.
Uwe Engel
- No. 5/1992 Karrieremuster in der Kommunalpolitik. Eine empirische Untersuchung am Beispiel von Dinslaken und Duisburg.
Andreas Humpert
- No. 1/1993 Zur relativen Bedeutung eines Klassenkonzepts bei der Erklärung von Einkommens- und Bewußtseinsunterschieden in zehn entwickelten Industriegesellschaften.
Thomas Hagelstange, Brigitte Hamm, Dieter Holtmann
- No. 2/1993 Die Selbstzuschreibung extra-funktionaler Fähigkeiten im Ingeneurstudium. Eine geschlechtervergleichende empirische Untersuchung.
Dorothee Laß

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 3/1993 Prozesse der Entvertikalisierung in der japanischen Gesellschaft.
Brigitte Hamm
- No. 4/1993 Sozialstrukturelle Modernisierung: Stabilisierung oder Destruierung des Wohlfahrtsstaates?
Jürgen Krüger
- No. 5/1993 Organisation und Motivation (I).
Wolfgang Holler
- No. 6/1993 Solidarität in Bewegung. Die französischen Krankenschwestern verändern ihre Perspektiven.
Ingo Bode
- No. 7/1993 Japanese Corporations in Germany: Corporate Strucuture and Employee Relations (A Summary Report).
Harold R. Kerbo, Elke Wittenhagen, Keiko Nakao
- No. 1/1994 Organisation und Motivation (II).
Wolfgang Holler
- No. 2/1994 Kulturelle Nebensächlichkeiten und private Geselligkeit:
Zu institutionellen Formen einer beliebten Koalition Vorüberlegungen zu einem theoretischen Orientierungsrahmen für die Deskription und Analyse privater Öffentlichkeit.
Christoph Rülcker, Günter Winter, Mitarbeit: Gerd Bloch
- No. 3/1994 Kollektives Handeln und Ambiguität. Die Regulierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse in Frankreich und Deutschland.
Ingo Bode, Hanns-Georg Brose, Stephan Voswinkel
- No. 4/1994 Einführung in Windows 3.1; Einführung in Word für Windows 2.0.
Thomas Bruns, Günter Winter
- No. 5/1994 Einführung in SPSS für Windows.
Peter Höllmer, Günter Winter

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 6/1994 Schnäppchenmärkte. Zu einer schattenwirtschaftlichen Besonderheit.
Christoph Rülcker; Günter Winter
- No. 1/1995 Zur Differenzierung des sinnlichen Geschmacks: Von der Lust zur Krise der Gourmets.
Andrea Dederichs
- No. 2/1995 Studienfach als Differenzierungsmerkmal. Ein empirischer Beitrag zur Analyse studentischer Lebenswelten.
Josef Köster
- No. 1/1996 Arbeitslosigkeit und Sucht: Eine qualitative Studie zu Suchtkarrieren von Arbeitslosen. Forschunggruppe Langzeitarbeitslosigkeit:
Thomas Schweer (inhaltlich verantwortlich), Hermann Strasser, Gabriele Klein, Thomas Bongartz, Klaus Gröhnke
- No. 2/1996 Soziale Netzwerke bei Langzeitarbeitslosen.
Forschungsgruppe Langzeitarbeitslosigkeit: Klaus Gröhnke (inhaltlich verantwortlich), Hermann Strasser, Thomas Bongartz, Gabriele Klein, Thomas Schweer
- No. 3/1996 Lohnemanzipation in Europa: Synoptische Beurteilung der Gleichstellung abhängig beschäftigter Männer und Frauen nach ihren Durchschnittsverdiensten in der Europäischen Union.
Wolfgang Gerß
- No. 4/1996 Am Fordismus vorbei: Bauwirtschaft und Gastgewerbe in Deutschland und Frankreich.
Stefan Lücking, Stephan Voswinkel
- No. 5/1996 Generationensolidarität oder Altenmacht - Was trägt (künftig) den Generationenvertrag? Zur politischen Soziologie der staatlichen Alterssicherung.
Jürgen Krüger
- No. 1/1997 "Pumps, leider zu klein...": Eine empirische Studie über den privaten Gebrauchtwarenhandel via Offertenblatt.
Birgit Kunde, Christoph Rülcker, Ansgar Schulz-Kleyenstüber, Uwe Zander

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 2/1997 Leistungen und Leistungspotentiale älterer Menschen, Bilanz und Perspektiven des intergenerationalen Lastenausgleichs in Familie und sozialem Netz, Tagungsband.
Dieter Grunow, Sylvia Herkel, Hans J. Hummell (Hrsg.)
- No. 3/1997 Merkmalsraumbildung und Differenzierung von mehrstelligen Variablen.
Günter Winter
- No. 4/1997 Determinanten der Studiendauer: Differenzen zwischen Studierenden verschiedener Fachbereiche? Ein Zwei-Gruppen-Test.
Josef Köster, Uwe Matzat
- No. 5/1997 Die Arbeitsplatzsuchstrategien von Arbeitslosen.
Forschungsprojekt Langzeitarbeitslosigkeit.
Klaus Gröhnke, Hermann Strasser
- No. 1/1998 Arbeitszeitverkürzung, Entgelt und Beschäftigung.
Gerhard Bosch
- No. 2/1998 "Marxloh". Ansichten über einen Duisburger Stadtteil.
Thomas Rommelspacher, Christoph Rülcker, Ansgar Schulz-Kleyenstüber, Uwe Zander
- No. 1/1999 Marktphilosophien in der Beschäftigungskrise. Zu den Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsannahmen im Ersten und Zweiten Arbeitsmarkt.
Achim Trube
- No. 2/1999 Der große Zapfenstreich. Eine soziologische Analyse eines umstrittenen Rituals.
Ulrich Steuten
- No. 3/1999 Sozialwissenschaftliches Praktikum in der amtlichen Statistik. Fallbeispiel: Ergebnisse politischer Wahlen und Strukturmerkmale der nordrhein-westfälischen Gemeinden.
Wolfgang Gerß
- No. 4/1999 Arbeiten für gute Zwecke. Organisation und Beschäftigung im Dritten Sektor.
Ingo Bode, Achim Graf

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 5/1999 Bedingungen und Möglichkeiten kreativen und innovativen Handelns: Die wechselseitige Strukturierung von Subjekten und Organisationen. Ideenskizze und Bestandsaufnahme.
Ursula Holtgrewe
- No. 1/2000 Rationalisierung im Dienstleistungssektor – Strategien und Probleme: Ein Literaturbericht.
Bernd Bienzeisler
- No. 1/2002 Arbeitsmarkt und soziales Kapital: Eine komprimierte Darstellung theoretischer Grundlagen und empirischer Befunde.
Peter Runia
- No. 2/2002 Kurzstudie zu einer Todesfallstatistik über Kinder und Jugendliche in Münster/Westf.: Eine Erhebung zu Todesfällen für den Zeitraum 1991-1998.
Jürgen Guggenmos, Sigurd Matz
- No. 3/2002 Transformationspfade intermediärer Wohlfahrtsproduktion: Die Entwicklung der Caritas im deutsch-französischen Vergleich.
Ingo Bode
- No. 4/2002 Vom Payer zum Player – Oder: Krankenkassen im Wandel. Der Fall der AOK und ein vergleichender Exkurs nach Frankreich.
Ingo Bode
- No. 5/2002 Methoden und Konzepte wissensintensiver Dienstleistungsarbeit. Arbeitsberichte eines Hauptseminars.
Karen Shire, Bernd Bienzeisler
- No. 1/2003 Unsichere Beschäftigung – unsichere Integration? Auswirkungen destandardisierter Beschäftigung auf die Einbindung in Familie und soziale Netzwerke.
Martin Diewald, Michael Eberle
- No. 2/2003 Erwerbsbiographien von Männern und die sozialen Beziehungen zu Verwandten und Freunden.
Martin Diewald

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

No. 3/2003 Die Verbreitung des Crackkonsums in Nordrhein-Westfalen aus
der Sicht von Rauschgiftfahndern: Eine explorative Studie

Thomas Schweer

No. 4/2003 Der Zwang zur Toleranz oder
Die gesellschaftliche Bedeutung der Political Correctness

Roelf Bleeker-Dohmen

No. 5/2003 Die Regulierung der Zeitarbeit in Deutschland
– Vom Sonderfall zur Normalbranche

Katrin Vitols

No. 6/2003 Ist soziale Ungleichheit noch strukturiert?
– Zu neuen Perspektiven der Klassenforschung

Gerd Nollmann

No. 1/2004 Russlanddeutsche und die Polizei in Duisburg:
Zum Vertrauen russlanddeutscher Spätaussiedler in die Polizei

Steffen Zdun